

# DER Offizier

Ausgabe 2/2017 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Wehrpflicht in Schweden |

Beschaffung im Bundesheer |

China: „Mittelpunkt  
der Welt“? |



**Es ist nicht alles Gold, was glänzt.**

# OBSERVER

## Österreich ist in Gefahr, weil sein Heer nicht saniert ist.

**W**er es bis jetzt noch nicht begriffen hat, dem muss man es immer wieder vor Augen führen: Wenn das Bundesheer „leidet“, dann trifft das das gesamte Land. Denn die äußere Sicherheit wird in letzter Konsequenz nur durch die Soldaten gewährleistet, und sonst eben nicht. Man hat deshalb ein einsatzberechtigtes Sicherheitsinstrument und den ausreichenden Schutz für Bevölkerung und Staat oder nichts dergleichen. So einfach ist das und das wird bei jeder sich ergebenden Gefahrenlage gezeigt. So wie vor nicht allzu langer Zeit bei der „einfachen“ Aufgabe der Migrationsbewältigung. Zum Glück für unsere Gesellschaft war das noch keine gesteigerte Herausforderung, obwohl viel für die Soldaten zu tun war. Doch muss das auch morgen so sein?

### Das Gefühl der Bevölkerung

Unsere Bürger haben ein gutes Gefühl für Gefahrenlagen. Wenn in einem kleinformatigen Massenblatt von einem Journalisten die Alarmglocken geläutet werden, dann wird das Empfinden der Österreicher ausgedrückt: „Eine Völkerwanderung ist im Gange. Die Außengrenzen im Mittelmeer sind offen. EU-Schiffe spielen für Schlepperorganisationen Wassertaxi. Unsere offenen Grenzen, idiotischen Asylgesetze und hohen Sozialleistungen wirken wie ein Magnet auf die Armutsmigranten der Welt. Das führt zu dem Massenansturm, der auch Resteuropa destabilisiert ... Österreichs Regierung ist laut Bundesverfassung daher verpflichtet, sofort umfassende Grenzkontrollen einzuführen! ... Wer jetzt nicht die Notbremse zieht, ist in wenigen Monaten mit den unumkehrbaren Folgen dieses Chaos konfrontiert ...“ (T. Wallentin) Destabilisierung des Landes, drohendes Chaos, das könnte uns bevorstehen. Die Ereignisse von 2015 sind noch gut in Erinnerung. Aber „es werden viel, viel größere Ströme kommen“, erklärt nun auch der Chef des Deutschland-Büros der internationalen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. „Wenn Europa jetzt nicht handelt, ist es verloren.“

/ Bereits vor einigen Monaten hat derselbe Autor darauf hingewiesen, dass die EU, speziell Zielländer wie Österreich,

Deutschland und Schweden, „auf diesen Exodus biblischen Ausmaßes nicht vorbereitet“ ist. Und es wird noch deutlicher geschrieben: „Afrika hat etwa eine Milliarde Einwohner. 25 % von ihnen wollen schon heute nach Europa. Laut UN-Schätzung werden im Jahr 2050 sogar zwei Milliarden überwiegend junge Afrikaner rund 690 Millionen alternen Europäern gegenüberstehen. Acht Millionen Afghanen sind reisefertig, mehrere Hunderttausend Libyer warten in Häfen auf die Überfahrt und zig Millionen Menschen im Nahen Osten sitzen auf gepackten Koffern. Alle mit dem Ziel nördliches Europa.“

### Nur Migranten?

Dabei denken viele bloß an „friedliche“ Migranten. Was ist jedoch mit den mitreisenden oder eingeschleusten religiösen und extremen Fanatikern, die auf jeden Fall den Krieg gegen die Ungläubigen führen und ihr Kalifat auch in Europa errichten wollen? Glaubt man Ex-Geheimdienstlern anderer Staaten, so sollen „tausende Migranten, finanziert mit dem Geld aus Ölländern, einen Bürgerkrieg in Europa vorbereiten“. Selbst wenn das nicht stimmen sollte, wäre es denkunmöglich? Würden hier nicht die Streitkräfte extrem gefordert werden? Könnte hier das destabilisierte Bundesheer, das erst ganz langsam und allmählich wieder zu sich finden kann, entgegenhalten?

/ Die „Medizin“ und die anderen „Heilmittel“, die dem fast abgestorbenen Heer heute zugeführt werden, sind wie Tropfen Wasser für einen Verdurstenden, zu wenig und zu langsam verabreicht. Die Zahl der in den Ruhestand ausscheidenden Uniformträger übersteigt jene der Nachkommenden beachtlich. Wie sollen hier die Stände aufgefüllt werden können? Und das Budget? Wird die neue Bundesregierung jene Zusagen guten Willens aus der dramatischen Not der Jahre 2015/16 für das Heer einhalten? Oder wird man an Vergesslichkeit leiden, weil der unmittelbare „Druck“ der Ereignisse noch nicht spürbar ist? Österreich ist in Gefahr, weil sein Heer nicht saniert ist. ❌

Observer

## Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 China: „Mittelpunkt der Welt“?
- 10 Der österreichische OSZE-Vorsitz
- 12 Wehrpflicht in Schweden
- 16 Soldatinnen im Bundesheer
- 17 Beschaffungen im Bundesheer
- 22 Jagdkommando im Mittelmeer
- 24 Parlamentarische Bundesheerkommission
- 26 „Edelweiss Raid“ 2017
- 30 Erster Truppenbesuch des Bundespräsidenten

### DER OFFIZIER

**Medieninhaber und Herausgeber:** Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** GenMjr Mag. Herbert Bauer | **Erscheinungsort:** Wien | **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i.R. O. Heel (Tirolbeilage); Thomas Haffer, M. Musner, M. Sala | **Marketing:** Dr. Michael Radike, marketing@oog.at | **Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck | **Druck:** Ing. F. Feilhauer, 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 11 | **Fotos:** Titelbild: ÖOG / Shutterstock / Barbol; andere gem. Einzelnachweis.

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken. Unaufgefordert eingesandte Beiträge bedeuten keine automatische Veröffentlichung.

Internet: [www.oog.at](http://www.oog.at), [deroffizier@oog.at](mailto:deroffizier@oog.at)

### Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100 % im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

## Vorwort

**Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser!**

Jetzt sind sie also da, die vorgezogenen Neuwahlen! Demokratiepolitisch zu akzeptieren, für laufende Reform- und Sanierungsbestrebungen des Österreichischen Bundesheers, und damit für die Sicherheit der Republik Österreich, ein hohes Gefahrenmoment.

/ Werden finanzielle Zusagen der derzeitigen Regierung auch in der nächsten Legislaturperiode erneuert? Wird man endlich die politischen Notwendigkeiten und Konsequenzen einer kontinuierlichen Streitkräfteplanung akzeptieren? Wird vorhandenes Geld wieder für alles andere, nur nicht für die Landesverteidigung aufgewendet werden? Wird es eine Bereitschaft geben, Sünden der Vergangenheit zu vermeiden und entstandene Defizite zu bereinigen, was naturgemäß einen höheren Mitteleinsatz bedeuten würde, als er bei kontinuierlicher, ausreichender Dotierung gegeben wäre? Wird die Ökonomie – was beim Bundesheer in der Vergangenheit gleichbedeutend mit Mangelwirtschaft war – die einzige Leitschnur für Organisationsmaßnahmen sein oder werden auch einmal die Effizienz, das entsprechende Leistungsvermögen, der Bedarf an ausreichendem und gut ausgebildetem Personal und, daraus resultierend, die materielle Ausrüstung im Vordergrund stehen? Wird man sich bewusst sein, was es heißt, eine strategische Handlungsreserve der Republik, also die Ultima Ratio für Sicherheit und Ordnung im Staat ordentlich auszustatten? Wobei unter „ordentlicher Ausstattung“, neben dem Sicherstellen der Effizienz, auch die Unversehrtheit und Überlebensfähigkeit der eingesetzten Frauen und Männer zu verstehen ist. Wird erkannt werden, dass das Erreichen und das Aufrechterhalten eines, dem internationalen Standard entsprechenden, Niveaus mit den derzeit bereitgestellten Mitteln nicht zu bewirken sind? Was von Zynikern als „Wünsche ans Christkind“ abgetan wird, kann bei Nichterfüllung der Notwendigkeiten für die Inhaber des politischen Willens in letzter Konsequenz den Verlust der Macht im Chaos bedeuten und für das eingesetzte Personal lebensgefährdend sein. Also nehmen wir doch einmal die Bedürfnisse der Landesverteidigung ernst!

**Ihr Chefredakteur  
Herbert Bauer**

# Brief des Präsidenten

Es ist nicht alles Gold, was glänzt.



© ÖÖG/FOTOSTUDIO WILKE

**A**n dieser Stelle wurde zuletzt mehrfach die positive Trendumkehr beim ÖBH besprochen, die durch den einstimmigen Nationalratsbeschluss im November 2015 eingeläutet und durch Bundesminister Droschitz ab Jänner 2016 mit viel Schwung und Elan angegangen wurde. Die „Sicherheitsmilliarde plus“, neue Strukturen in der Zentralstelle und bei der Truppe (Stichwort „LV 21.1.“), Einsätze des Bundesheers im Grenzmanagement und bei der Botenschaftsbewachung sowie Diskussionen über neue „originäre Aufgaben des Bundesheers“ hatten eine massive Verbesserung der Stimmungslage in der Organisation und eine neue Akzeptanz und Wertschätzung in der Bevölkerung erzielt.

/ Vielfach hörte ich in den letzten Monaten Sätze wie „Endlich geht es euch wieder gut“, „Jetzt habt ihr alles, was ihr braucht“ oder Ähnliches. Diese verbesserte psychologische Lage ist Basis für den dringenden personellen Aufwuchs der präsenten Kräfte und der Milizverbände und führte auch bereits zu ersten Erfolgen bei der Personaloffensive. Vor diesem Hintergrund war es uns auch ein wichtiges Anliegen, die positiven Entwicklungen zu unter-

stützen und das Feuer zu nähren. Doch leider ist nicht alles Gold, was glänzt.

/ Vor dem Hintergrund der im Mai erfolgten Aufkündigung der Regierungszusammenarbeit und der Festsetzung von Neuwahlen ist es nun erforderlich, einige Aspekte aufzuzeigen, die für die erfolgreiche Fortführung der Trendumkehr gefährdend sind.

## Mehr Kompetenzen für das Bundesheer – ausgesetzt!

Im September 2016 hatte sich die Bundesregierung auf ein „Sicherheitspaket“ geeinigt. Darin wurden unter anderem auch die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Innen- und dem Verteidigungsministerium bei den Themen Abwehr von Gefahren aus der Luft und Schutz kritischer Infrastruktur angesprochen und eine gesetzliche Klärung in Aussicht gestellt. Nachdem dafür eine Verfassungsmehrheit erforderlich ist, sollte ein parlamentarischer Prozess bis zum Sommer 2017 umgesetzt werden. Durch das Ende der Koalitionsregierung wird diese Klarstellung nicht mehr erfolgen.

## Neue Strukturen für das Bundesheer – provisorisch!

Mit 1. Jänner 2017 haben die Streit-

kräfte ihre neue Kommandostruktur im Sinne der Vorgabe „LV 21.1.“ eingenommen. Nachdem diese Struktur und auch die Zentralstellenorganisation jedoch noch nicht durch Organisationspläne, die vom Bundeskanzleramt freigegeben werden müssen, präzisiert sind, handelt es sich dabei um ein Provisorium ohne Rechtsgrundlage. Das hat weitreichende Folgen: Kommandanten sind nicht bestellt, sondern nur mit der Führung beauftragt, und die Besetzung von freien Planstellen wird nicht durchgeführt. Dieser provisorische Schwebeszustand befeuert die Gerüchteküche um wichtige Personalentscheidungen auf allen Ebenen und kann daher weder faktisch noch juristisch unbeschränkt ausgedehnt werden. Im schlimmsten Fall steht sogar ein Rückfall in die Ausgangsstruktur und eine „intelligente Rückabwicklung“ im Raum.

/ Nachdem in dieser Frage aber kein Konsens zwischen geschiedenen Koalitionspartnern erforderlich, sondern eine Einigung zwischen dem SP-Bundeskanzler und dem SP-Verteidigungsminister ausreichend wäre, darf man noch auf eine baldige Lösung hoffen. Kommt diese jedoch nicht zustande, muss man annehmen, dass LV

21.1. eine Scheinstellung war, die vom wahren politischen Frontverlauf nur ablenken sollte.

## Mehr Geld für das Bundesheer – unzureichend!

Im April 2016 wurde die „Sicherheitsmilliarde plus“ kommuniziert, die in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen ließ, dass nunmehr alle finanziellen Sorgen der Vergangenheit angehören würden. Geflissentlich wurde dabei ausgeblendet, dass die neuen Mittel erstens auf viele Jahre aufgeteilt wurden und dass sie zweitens nicht einmal die Reduktionen der vergangenen Jahre zur Gänze ausgleichen.

/ An einem Beispiel lässt sich dies leicht darstellen: Unter dem Sparzwang der Jahre 2014/15 wurde die Ausscheidung der Pinzgauer und Puch G angeordnet. Nunmehr laufen der Truppe schrittweise tatsächlich neue Gefechtsfahrzeuge zu. Trotzdem ist unter dem Strich der gegenwärtige Bestand an verfügbaren Fahrzeugen geringer als vor der Stilllegung der Altfahrzeuge. Die Mobilitätskrise ist also nicht gelöst, sondern bestenfalls gemildert. Ähnliches gilt für zahlreiche andere Systeme. Es ist also evident, dass die derzeitige Höhe des Verteidigungsbudgets von ca. 0,65 % des BIP nicht ausreicht, die Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen.

/ Erschwerend kommt hinzu, dass gemachte Budgetzusagen – insbesondere bei der Abgeltung der Kosten für Unterstützungsleistungen und das Grenzmanagement – durch das Finanzministerium nicht eingehalten werden. Alleine im Jahr 2016 wurden tatsächlich ca. 80 Millionen Euro weniger genehmigt als ursprünglich vereinbart.

Die Vorschau auf das laufende Jahr lässt für 2017 einen Fehlbetrag von ca. 86 Millionen Euro erwarten. Wenn bereits innerhalb eines gesetzlich abgesicherten Budgets derartige Abschläge einbehalten werden, dann darf man getrost bezweifeln, dass sich eine künftige Regierung noch an Zusagen für die nächsten Jahre gebunden fühlen wird. Das ist umso bedeutender, als für die Jahre ab 2018 noch überhaupt keine Absichtserklärungen für eine Kostenabgeltung für das Grenzmanagement und die Unterstützungsleistungen gegeben wurden.

„Damit Sie Ihre Aufgaben erfolgreich bewältigen können, liegt es in der Verantwortung von Bundesregierung und Parlament, Ihnen dafür die notwendigen personellen, materiellen und infrastrukturellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Als Ihr Oberbefehlshaber werde ich darauf ein wachsames Auge haben.“

(Aus dem Tagesbefehl des Bundespräsidenten der Republik Österreich und Oberbefehlshabers des Österreichischen Bundesheers, Dr. Alexander Van der Bellen, anlässlich seiner Amtsübernahme)

/ Das bedeutet aber letztlich, dass das Bundesheer auf den Kosten sitzen bleibt, die in Erfüllung staatlicher Aufträge anfallen. Innerhalb der kommunizierenden Gefäße Personalkosten, laufende Betriebskosten und Investitionen ist daher unschwer erkennbar, dass bei einer weiterhin restriktiven Budgetdeckelung die Neubeschaffungen und die nötigen Investitionen in bauliche Infrastruktur wieder einmal auf der Strecke bleiben werden.

## Erwartungen an eine neue Bundesregierung

Der Wiener Bürgermeister Häupl nannte den Wahlkampf eine „Zeit fo-

kussierter Unintelligenz“. Es ist daher zu hoffen, dass die Verteidigungspolitik und das Bundesheer aus dem kommenden Wahlkampf herausgehalten werden. Wir brauchen sicher keine unintelligenten Argumente – wie z. B. „6 Monate sind genug“ oder „Pensionserhöhung statt Abfangjäger“ – gegen das Bundesheer. Es braucht – wie schon beim parlamentarischen Entschließungsantrag im Winter 2015 – einen politischen Schulterchluss der Vernunft und den Konsens aller wahlwerbenden Parteien, dass Österreich auf seine strategische Handlungsreserve nicht verzichten kann und will.

/ Und angesichts von Meinungsumfragen, die das Thema Sicherheit als einen der größten Aufreger der Bevölkerung beschreiben, wollen wir auch keine lockenden, aber unintelligenten Versprechungen hören, die dann nach der Wahl rasch wieder vergessen sind. Denn wirklich gefährlich sind jene, die ihrer eigenen Propaganda glauben. / Spätestens bei den Verhandlungen zum nächsten Regierungsprogramm (wel-

cher Parteien auch immer) schlägt daher die Stunde der Wahrheit. Wer dann ein jährliches Verteidigungsbudget unter 1 % des BIP akzeptabel findet, beweist zweierlei: erstens, dass er keine Ahnung von Erfordernissen moderner Streitkräfte hat, und zweitens, dass sich das Bekenntnis zum Bundesheer auf Sonntagsreden beschränkt. An ihren Taten sollst du sie erkennen, heißt es. Als sicherheitspolitisches Gewissen werden wir diese Taten auch in Zukunft genau unter die Lupe nehmen.

**Mag. Erich Cibulka**  
Brigadier und Präsident der ÖÖG ✕



# China: „Mittelpunkt der Welt“?

PROFESSOR BRIGADIER DR. HABIL. HARALD PÖCHER

Eine beeindruckende Original-Dokumentation über den Chinesisch-japanischen Krieg (1937 bis 1945) beginnt mit den Worten: „China is culture, China is land and China is people“. Wenn man das Land selbst bereist hat, könnte man kaum treffsicherer China charakterisieren. Nach Ansicht des Autors fehlt nur noch

die vierte wichtige Charakteristik, jene Charakteristik, wie die Chinesen ihr Land selbst sehen: „China is the center of the world“.

Während der mehr als 4.000-jährigen Geschichte hat China niemals seine Intentionen in der Welt vergessen, sie wurden durch äußere Einflüsse lediglich gebremst und verlangsamt. Heute hat China wieder jenes wirtschaftliche und militärische Potential zur Verfügung, welches ihm erlaubt, sein Sendungsbewusstsein „Mittelpunkt der Erde zu sein“ wieder zur Wirkung bringen zu können, wie es einst unter den besten Zeiten der Yuan-Dynastie im 13. und 14. Jahrhundert, der Ming-Dynastie im 15. und 16. Jahrhundert und während der Qing-Dynastie im 17. und 18. Jahrhundert eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde. Beispielsweise war die Zeit der Qing-Dynastie gekennzeichnet durch wirtschaftliche Blüte und eine damit einhergehende

Bevölkerungsexplosion von 160 Millionen (1700) auf 300 Millionen (1800). Im Vergleich dazu lebten um 1800 in Europa, einschließlich Russland, nur knapp 190 Millionen Menschen. Bei einer Gesamtbevölkerung der Welt von rund 900 Millionen, lebte in China und Europa mehr als die Hälfte aller Einwohner weltweit. Aus der Zeit der Qing-Dynastie gibt es beeindruckende Zeitzeugnisse. Wer kennt nicht die Reise von Marco Polo nach China im 13. Jahrhundert und seine Schilderungen der Prachtentfaltung im Reich der Mitte?

China erlebte durch den rapid fortschreitenden Imperialismus europäischer Großmächte und auch Japans in der Endphase des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Zeiten eines Niederganges, verbunden mit Kriegen gegen begehrliche Nachbarstaaten sowie Bürgerkriege im Inneren. Erst Mao Zedong

gelang es, mit seiner Roten Armee in einem mit aller Härte geführten fast 22 Jahre dauernden Bürgerkrieg mit fast fünf Millionen Toten das Land 1949 zu einen und die Basis zu schaffen, sodass nach seinem Tode 1976 heute ein auf dem Festland geeintes China durch eine Welle der Modernisierung, ohne jedoch Demokratisierung und Parteienpluralismus zuzulassen, wieder an das wirtschaftliche, technologische und militärische Niveau der westlichen Demokratien aufschließen konnte. Trotz aller wirtschaftlichen Erfolge lässt aber das Regime in Peking umfassende Demokratisierungsversuche nicht zu und walzte zum Beispiel 1989 protestierende Studenten auf dem Tian'anmen-Platz brutal mit Panzern nieder. Wirkliche Kenner der Lage in China meinen, dass nur durch die Einparteiherrschaft in Peking und die autoritäre Führung der Zusammenhalt Chinas sichergestellt ist und es zu keinen Abspaltungstendenzen einzelner Provinzen kommt. Der rasante Aufstieg der Volksrepublik China ist umso bemerkenswerter, da das Land erst Anfang der 1970er Jahre wieder in der internationalen Staatengemeinschaft Fuß gefasst hatte und danach zumindest noch ein weiteres Jahrzehnt in einer technologischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit verblieben ist.

Einen großen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg trugen bislang die Auslandschinesen. Durch unzählige Kriege, Natur- und Hungerkatastrophen kam es im Laufe der langen Geschichte Chinas immer wieder zu Auswanderungswellen, welche heute jeden Winkel der Welt erreicht haben. Schätzungen gehen davon aus, dass es rund 60 Millionen Auslandschinesen gibt. Diese leben verstreut über den ganzen Erdball und bilden signifikante Minderheiten in einigen südostasiatischen Staaten (Thailand, Malaysia, Indonesien, den Philippinen und Vietnam), aber auch in Australien, Neuseeland, auf einigen kleineren Inselstaaten des Pazifik (Fidschi, Samoa, Tonga), in Südafrika, Angola und Madagaskar gibt es größere chinesische Ansiedelungen. In Europa leben in Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland mehrere 100.000 Chinesen. In Österreich leben etwa 30.000 Auslandschinesen

ENTWICKLUNGEN IM SÜDCHINESISCHEN MEER	
22.01.2017	China will regelmäßig Seemanöver abhalten
22.02.2017	USA werfen China Aufrüstung auf künstlichen Inseln vor
13.03.2017	Japan entsendet Kriegsschiff
28.03.2017	China baut Lufthöhe im Südchinesischen Meer aus
06.04.2017	Philippinen schicken Soldaten auf umstrittene Spratly-Inseln
16.04.2017	China protestiert gegen amerikanische Raketenabwehr
12.05.2017	Philippinen kaufen südkoreanisches Kriegsschiff
25.05.2017	US-Zerstörer durchquert von China beanspruchte Gewässer

zumeist in den größeren Städten. Auf dem amerikanischen Kontinent leben größere Gruppen in den USA, Kanada, Peru, Venezuela und Brasilien. Die Auslandschinesen zeichnen sich durch Fleiß und Zusammenhalt aus, sie bestehen aus einer breiten Mittelschicht mit einer kleinen superreichen Oberschicht. Der Erfolg der Auslandschinesen beruht in erster Linie auf ihrer starken ethnischen Solidarität und

ihren unsichtbaren Beziehungsgeflechten, ihrem exzellenten Überblick und ihrer Fähigkeit, sich jeder Situation rasch anpassen zu können. Schätzungen zufolge soll das Bruttoinlandsprodukt der Auslandschinesen in Asien Anfang der 1990er Jahre fast 450 Milliarden US-Dollar betragen haben. Dies entspricht etwa dem Bruttonationalprodukt der Volksrepublik China Anfang der 1990er Jahre. Die Chinesen außerhalb Chinas



## ZUR PERSON

Professor Brigadier Dr. habil. Harald Pöcher, ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLVS.

IN VERSICHERUNGSFRAGEN  
PERSÖNLICH  
FÜR SIE DA.



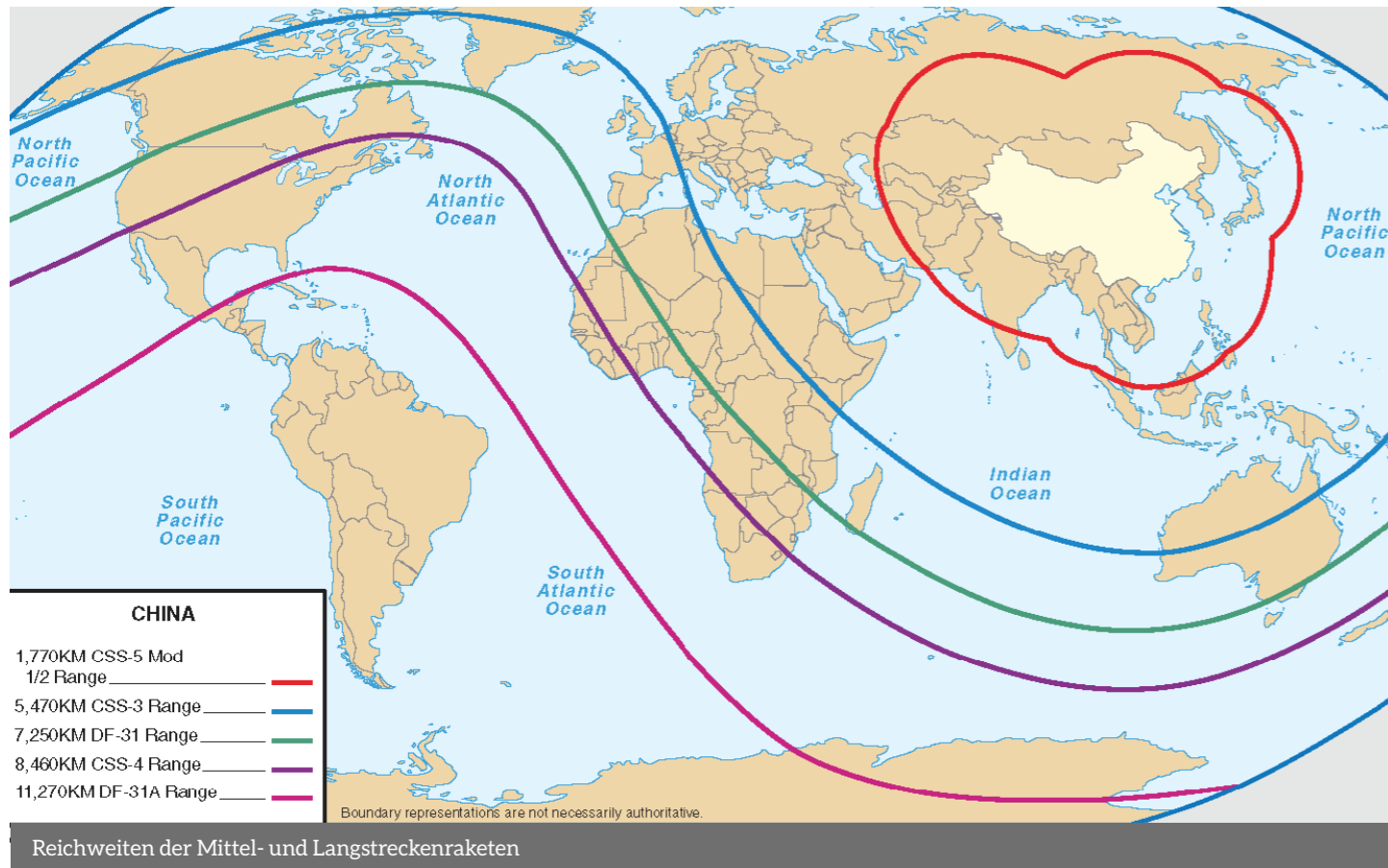
Bez. Dir. Wolfgang LOIDOLT  
Tel.: 050 350 90-21784  
Fax: 050 350 99-21784  
E-Mail: w.loidolt@wienersaetdtische.at

BUNDESHEERBETREUUNG FÜR SOLDAT/INNEN UND IHRE FAMILIEN  
VERSICHERUNGSSPEZIALISTEN FÜR AUSLANDSEINSÄTZE

TEAM LOIDOLT  
Wiener Städtische Versicherung AG  
1210 Wien, Am Spitz 10  
(Eingang Schwaigergasse)

wienersaetdtische.at  
f/wienersaetdtische





beherrschen damit die Wirtschaften auf der asiatischen Seite des Pazifiks, ausgenommen Japan sowie Nord- und Südkorea, und sie haben ihr Vermögen zu einem Großteil in so genannten Steuerparadiesen gehortet. Die Auslandschinesen hatten daher zum Zeitpunkt der wirtschaftlichen Modernisierung Chinas genügend flüssiges Geld vorrätig, um der maroden Volkswirtschaft in China kräftig unter die Arme zu greifen. Dabei war es unbedeutend, dass man einem autoritären Regime Geld borgt, da bei all den Überlegungen der Auslandschinesen, der Volksrepublik China Geld zu borgen, immer ethnische Solidarität vor politischen Gegensätzen gestanden ist. Die Auslandschinesen setzten damit auf das richtige Pferd und werden mit jedem weiteren Erfolg der Volksrepublik China noch reicher und sie können durch ihre Solidarität darauf bauen, dass sie beim Griff Chinas auf die Weltherrschaft gebührend entlohnt werden.

/ Neben den Auslandschinesen, als wertvolle Hilfe auf dem Weg zu mehr

Einfluss in der Welt, hat die Volksrepublik China seit ihrer Öffnung ihr außenpolitisches Netz enger zu spinnen begonnen und unterhält in fast allen unabhängigen Staaten der Welt Botschaften und Konsulate mit mehreren Abteilungen, darunter zumeist auch eine Militärdiplomatische Abteilung. Betrachtet man die außenpolitische Weltkarte Chinas, so gibt es lediglich in den größeren Staaten Burkina Faso und Paraguay keine Botschaften. China wendet für das diplomatische Netz und die in diesem Netz durchgeführte Propaganda-Maschinerie viel Geld auf und unterhält hierzu auch Kulturinstitute und privat organisierte Vereinigungen, welche ebenfalls auf der Lohnliste von Peking stehen. Mit all diesen Maßnahmen erreicht man zumindest theoretisch fast jeden Winkel in der Welt, um Propaganda für den segensreichen Beitrag der Volksrepublik China zur positiven Entwicklung der Weltwirtschaft, für die Steigerung der Wohlfahrt in den Entwicklungsländern und nicht zuletzt für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens

zu transportieren. Ein besonderes Engagement zeigt China in Afrika. Auf dem für viele Europäer verlorenen Kontinent betätigen sich chinesische Unternehmen und verbessern Infrastruktur. Bezahlen lassen sich die Chinesen ihre Leistungen mit Rohstoffen, welche sie dringend für ihre Wirtschaft benötigen. Die Chinesen sind vielerorts als Geschäftspartner sympathischer als die US-Amerikaner oder Europäer, da sie nicht nach der Einhaltung von Menschenrechten im Lande fragen und auch durch die von den afrikanischen Machthabern als fair empfundene Gegengeschäfte keine Ausbeutungspolitik betreiben, wie einst die Europäer. China ist nun drauf und dran, das Geschäftsmodell Afrika auch nach Lateinamerika exportieren zu wollen, was aber zwangsweise auf einen großen Widerstand der USA stoßen wird.

/ Der rasante Wiederaufstieg der Volksrepublik China begann Anfang der 1990er Jahre und blieb zunächst durch andere einschneidende wirtschaftliche Ereignisse (asiatische Tiger-

staaten, Beginn der Rezession in Japan etc.) weitgehend unbeachtet von der Welt. China konnte dadurch leichter die Voraussetzungen schaffen, um den größten Boom für Konsumgüter in der Geschichte der Menschheit einzuleiten. Der Beginn des wirtschaftlichen Aufstieges ist etwas mehr 25 Jahre her. Vergleicht man diesen Zeitraum mit anderen ehemaligen Weltmächten und der Weltmacht USA, so kann man die Feststellung treffen, dass all diese Staaten mehrere Jahrzehnte, wenn nicht sogar Jahrhunderte gebraucht haben, um zur Weltmacht aufzusteigen. Und bekanntlich wurde Rom auch nicht an einem Tag erbaut. Die Volksrepublik China braucht daher sicher noch Zeit, um das Ziel, wieder Mittelpunkt der Welt zu werden, erreichen zu können.

/ Auf dem Weg zu diesem Ziel gibt es für China noch viele Baustellen zu beseitigen. Zwei davon haben Priorität, nämlich die Sicherstellung stabiler innenpolitischer Verhältnisse und der weitere Ausbau der Streitkräfte zu Streitkräften, welche den Streitkräften der USA als ebenbürtig angesehen werden können. Neben dem autoritären Einparteiensregime, welches allerdings kleine unbedeutende Parteien neben sich zulässt, bilden die Zusammensetzung der chinesischen Gesellschaft und ihre Lebensbedingungen wohl den größten Unsicherheitsfaktor für die innere Stabilität, welche aber die Grundlage für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum ist. Auf den ersten Blick ist die Bevölkerung der Volksrepublik China ethnisch sehr homogen, mehr als 90 Prozent der Bevölkerung werden zu den Han-Chinesen gezählt – was aber in Frage gestellt werden muss, da die Han-Chinesen das Ergebnis der Vermischung unterschiedlicher Völker im Laufe der Geschichte sind, welche unterschiedliche Sprachen, Sitten, Bräuche oder auch Lebensweisen besitzen, wie beispielsweise die Kantonesen und die Bewohner von Fujian. Die durchaus unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung kann zu innenpolitischen Krisen führen, wenn sich, durch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen im Land, einzelne Ethnien, aber auch die Verlierer des

Wachstums, beispielsweise Hunderte Millionen Wanderarbeiter, gegen die Zentralgewalt erheben und sich die Situation zu einem offenen Aufstand weiterentwickelt.

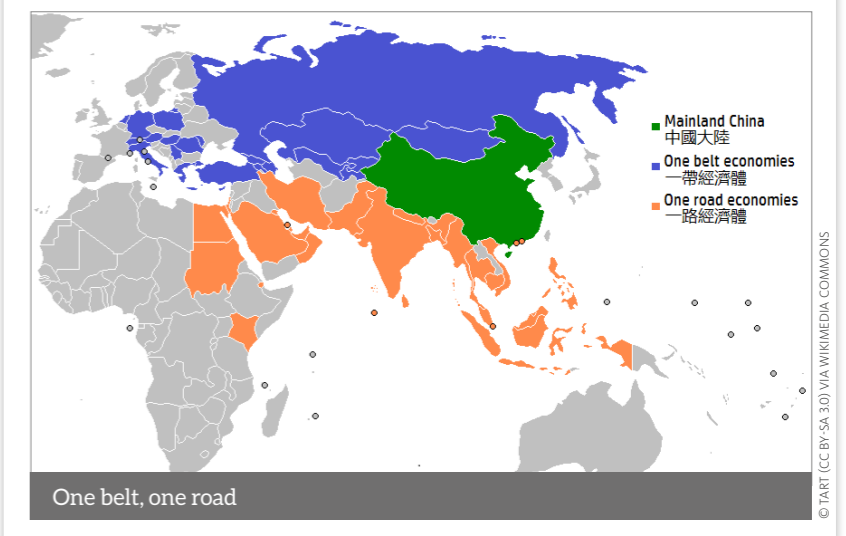
/ Die zweite bedeutende Baustelle betrifft die Streitkräfte, welche zwar innerhalb von 25 Jahren einen imposanten Modernisierungsschub erlebten, aber vor allem im maritimen Bereich noch lange nicht jene Potentiale erlangt haben, welche China befähigen, an jedem beliebigen Punkt der Erde rasch Flagge zeigen zu können. Will China eine ähnlich imposante Flotte besitzen, wie es heute die USA haben, so benötigt China fast ein Jahrzehnt, um beispielsweise jene Trägerkapazitäten der USA aufzubauen.

/ Erfolgreiche Menschen und erfolgreiche Staaten werden zwar beneidet, aber auch gefürchtet und abgelehnt. Die Chinesen und die Volksrepublik China sind dabei keine Ausnahme. Sterling

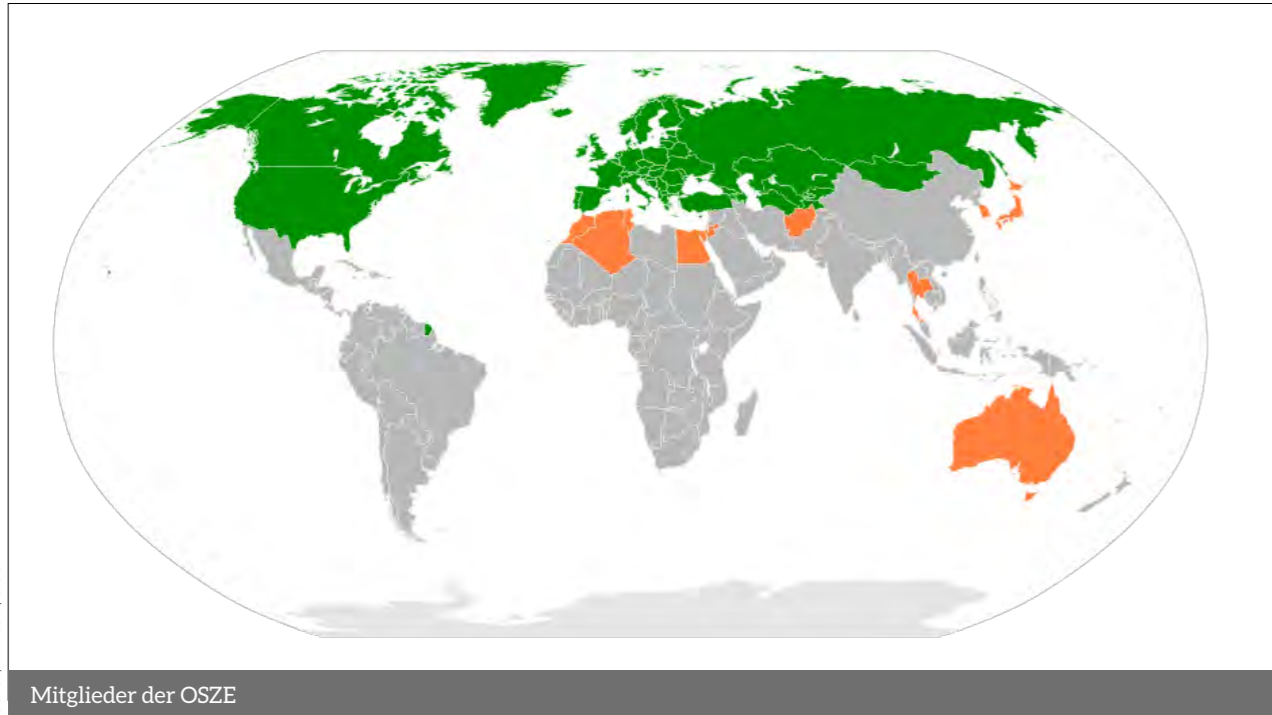
Seagrave zitiert in seinem Buch über das unsichtbare Wirtschaftsimperium der Auslandschinesen einen Ausspruch, welcher Sir James Brooke, der im 19. Jahrhundert Radscha von Sarawak war, zugesprochen wird: *Ich weiß nicht, ob ich die Chinesen wegen ihrer vielen Tugenden bewundern oder wegen ihrer grellen Defekte verachten soll ... Ihr Fleiß übertrifft den jeden anderen Volkes auf der Erde, sie sind arbeitsam, geduldig und frohgemut. Auf der anderen Seite sind sie korrupt, aalglatt und pedantisch, sie kriechen vor der Autorität und sind tyrannisch gegen Untergebene.* Beachtet man diese Worte, wird es für Europa günstig sein, China auf Augenhöhe zu begegnen, als gleichwertigen Handelspartner zu akzeptieren und niemals Schwäche zu zeigen, vor allem wenn es darum geht, das europäische Menschenrechtsmodell als Ergebnis der Entwicklung moderner Demokratien zu preisen und für nachahmenswert zu empfehlen. ✕

### ONE BELT, ONE ROAD – DIE SEIDENSTRASSE

Mitte Mai kamen Vertreter aus mehr als 100 Ländern zu einem Gipfel nach Peking. Unter den Teilnehmern waren 29 Staats- und Regierungschefs, darunter Russlands Präsident Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan aus der Türkei. Im Mittelpunkt des Gipfels stand die Neue Seidenstraße. Chinas Präsident Xi Jinping hatte angekündigt, die Handelsinitiative „Neue Seidenstraße“ mit rund 13 Milliarden Euro unterstützen zu wollen. Mit der Initiative will China antike Handelsrouten wiederbeleben und gemeinsam mit Partnern entlang der Route der antiken Seidenstraße zwischen Asien, Afrika und Europa neue, moderne Handelskorridore aufbauen. Bei dem 2013 eingeleiteten Projekt geht es hauptsächlich um Infrastrukturprojekte wie Häfen, Straßen und Bahnstrecken. „One belt, one road“, kurz Obor, wird die Seidenstraßenstrategie auch genannt: ein Gürtel, ein Weg. Vom Osten Chinas ausgehend soll ein neuer Wirtschaftskorridor entstehen, der rund 65 Länder, 4,4 Milliarden Menschen und 29 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung umfassen soll.



# Der österreichische OSZE-Vorsitz 2017



Mitglieder der OSZE

Beim OSZE-Ministerrat am 9. Dezember 2016 stellte Außenminister Sebastian Kurz in seiner Abschlussrede die Schwerpunkte des Vorsitzes Österreichs in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vor. Er sprach davon, drei Prioritäten zu setzen. Als Erstes erwähnte Kurz verschiedene Regionen

und Konflikte, bei deren Entschärfung die OSZE weiterhin einen Beitrag leisten wird. Bezugnehmend auf die Ereignisse des Jahres 2016 erklärte Kurz den Kampf gegen Radikalisierung und Terrorismus zur zweiten Priorität des Programms Österreichs. Als dritten Punkt präsentierte der Außenminister seine Absicht, mehr Vertrauen innerhalb der OSZE, zwischen den einzelnen Teilnehmerstaaten, zu schaffen.

### Die Entschärfung bewaffneter Konflikte

Im Programm des österreichischen OSZE-Vorsitzes ist die Rede von Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien, als allgemeiner Zugang zur Entschärfung bestehender Konflikte. Alle derzeitigen Maßnahmen zur Beilegung des Ukraine Konflikts, wie zum Beispiel die Gespräche im Normandie-Format, die Arbeit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine oder die Tätigkeit des Projektkoordinators in der Ukraine, werden vom Vorsitz Unterstützung erfahren. Ebenfalls werden

### MITGLIEDER DER OSZE

Die OSZE zählt 57 Teilnehmerstaaten auf mehreren Kontinenten (in alphabetischer Reihenfolge): Albanien, Andorra, Armenien, Aserbaidschan, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Mazedonien, Moldawien, Monaco, Mongolei, Montenegro, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tadschikistan, Tschechien, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten, Weißrussland, Zypern.

### KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN UND IM MITTELMEERRAUM

Afghanistan, Ägypten, Algerien, Australien, Israel, Japan, Jordanien, Marokko, Republik Korea, Thailand, Tunesien

langjährige Konflikte im OSZE-Raum wieder in den Vordergrund gerückt. Dazu zählen die Internationalen Genfer Gespräche zum Georgien-Konflikt ebenso wie der Minsker Prozess für den Bergkarabach-Konflikt oder der Lösungsprozess im Transnistrien-Konflikt. Ein weiterer Punkt des Programms spricht davon, jegliche Bemühungen zu unterstützen, die dazu beitragen, auch und besonders Frauen und Jugendliche in Aktivitäten der Organisation einzubinden.

### Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus

Zu diesem Thema sollen in verschiedenen Regionen Workshops mit Jugendlichen stattfinden, um innovative Lösungen zu erreichen. Im Bereich der Migration und der Grenzsicherung soll durch Feldoperationen, insbesondere am Westbalkan, sowohl zur Stabilisierung der Lage als auch zur Wahrung der Menschenrechte beigetragen werden. Die OSZE und der österreichische Vorsitz verstehen ihre Rolle als Koordinatoren des Grenzmanagements und als Moderatoren eines Dialogs zu diesem Thema. Außerdem soll die Arbeit der OSZE die Teilnehmerstaaten dabei unterstützen, dass Migranten, die im Land bleiben, gut integriert werden.

Das Programm des österreichischen Vorsitzes spricht hier davon, dass Migranten wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft werden sollen. Außerdem wird die Stärkung der Inneren Sicherheit der Teilnehmerstaaten angesprochen. Dabei soll der Fokus darauf liegen, überschüssige konventionelle Munition zu vernichten oder sicher zu lagern.

### Vertrauensbildung

Die Wiederherstellung von Vertrauen soll in den Vordergrund stehen. Ganz konkret werden Maßnahmen und Konferenzen zu wirtschaftlichen und umweltpolitischen Themen stattfinden. Die Umsetzung der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung soll sowohl von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als auch von den Teilnehmerstaaten unterstützt werden. Ebenfalls ist es ein Ziel des österreichischen Vorsitzes, die Zusammenarbeit und zuallererst die Vertrauensbildung im Bereich der Cybersicherheit zwischen den Teilnehmerstaaten zu gewährleisten und zu fördern. Die Bekämpfung des Menschenhandels, besonders im Zusammenhang mit Migration und Terror, soll durch den Aufbau auf bestehende Partnerschaften der letzten Zeit in Asi-

### GESCHICHTE DER OSZE

- Erste (als einmalige Veranstaltung konzipierte) multinationale Konferenz in Helsinki 1973-1975 (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - KSZE)
- KSZE-Folgekonferenzen:
  - Belgrad 1977-1978
  - Madrid 1980-1983
  - Wien 1986-1989
  - Helsinki 1992
- 1994 wird die KSZE in Budapest institutionalisiert und in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - OSZE umbenannt.

en und im Mittelmeerraum gefördert werden.

Die Rolle Österreichs in der OSZE und in der Welt soll so bleiben, wie sie ist. Im Programm des österreichischen Vorsitzes steht, dass Österreich sich auf den Dialog fokussieren wird. Ein Zitat von Minister Sebastian Kurz aus der Rede vom 12. Jänner 2017 erläutert diese Rolle und deren Bedeutung: „Österreich sieht traditionell seine Rolle als Brückenbauer und Ort des Dialogs. Wir bemühen uns um Offenheit als honest broker.“ (Red./th)



Außenminister Sebastian Kurz beim OSZE-Ministerrat in Hamburg

Securing Your World

**G4S**

**Mit Sicherheit mehr Leben**

Integrierte - technische, organisatorische und personelle - Sicherheitslösungen vom Marktführer - [www.g4s.at](http://www.g4s.at)

# Wie Phönix aus der Asche – oder doch nicht?

Die Reinkarnation der Wehrpflicht in Schweden

BRIGADIER MAG. AUGUST REITER

**S**chweden während des Kalten Krieges: Allgemeine Wehrpflicht, ca. 600.000 Mann mobilisierungsfähig, zwölf Divisionen, an die 1.000 Flugzeuge, die Landstraßen als Behelfsflugplätze vorbereitet, von See aus zugängliche Schiffswerften, die für den Gegner unerkannt in den Berg getrieben wurden, Bunkerplätze für die Zivilbevölkerung, der Fokus auf nationaler, umfassender Landesverteidigung, eine starke „hauseigene“ Rüstungsindustrie, streng geheime Forschungseinrichtungen, Bündnisfreiheit im Kriegsfall (auch als „Neutralität“ verstanden).

Und dann? Aussetzung der Wehrpflicht und Einführung von Freiwilligenstreitkräften mit einem Personalumfang von ca. 15.000 Berufssoldaten in sieben Kampfbataillonen, acht Kampfunterstützungsbataillonen, zwei Brigadestäben der Landstreitkräfte, sechs Geschwader Kampfflugzeuge und die Flotte, dazu 10.000 Reservisten und 21.000 Freiwillige in der „Heimwehr“. Schließung von Standorten, Auflösung von Einheiten im großen Stil, Outsourcing als „Erfolgsmodell“, Reduktion von Waffensystemen. Sparbudgets folgten auf Sparbudgets, der Fokus wurde auf internationale Einsätze gerichtet, die NATO und die USA wurden als strategische

Partner wahrgenommen, „Commercial of the shelf“ vom Billigstbieter wurde gegenüber eigener Rüstungsproduktion bevorzugt (mit Ausnahme der U-Boote und Kampfflugzeuge) – das war Schweden nach Ende des Kalten Krieges, bis Russland die Krim annektierte, in der Ostukraine mitmischte und schließlich im Ostseeraum und damit vor den Toren Stockholms wieder militärisch aktiv wurde.

„Enveckasförsvaret“ – nur eine Woche könne sich Schweden gegen einen modernen Gegner verteidigen, meinte der Oberbefehlshaber General Sverker Göranson am 3. Jänner 2013 und setzte damit eine schon lange nicht mehr dagewesene und bis heute anhaltende sicherheits- und verteidigungspolitische Diskussion in Gang. Russland unterstützte ihn indirekt und ein russischer Kampffliegerverband flog am 29. März 2013 (Karfreitag) Angriffsprofile gegen wichtige militärische Einrichtungen im Süden Stockholms. Dies erfolgte jedoch von See her, sodass nationaler Luftraum nicht verletzt wurde. Die schwedischen GRIPEN-Kampfflugzeuge blieben am Boden – Osterurlaub. Vermeintliche U-Boot-Sichtungen wurden gemeldet und die nationale Rüstungsindustrie (insbesondere SAAB)

freut sich seither über volle Auftragsbücher: 60 neue Kampfflugzeuge (GRIPEN E), zwei neue U-Boote aus hauseigener Erzeugung, Raketen und vieles mehr. Nicht zuletzt wurde das Wehrbudget angehoben (von ca. 4,3 Mrd. Euro 2015 schrittweise auf 4,8 Mrd. Euro bis 2020). Die Streitkräftestruktur betreffend wird offensichtlich, dass sieben halb befüllte Kampfbataillone wohl doch keine nennenswerte Abhaltewirkung erzielen und die Heimwehr, wenn auch zahlenmäßig groß, hinsichtlich des Kampfwertes unter den Bedürfnissen liegen könnte. Selbst die mittlerweile fünf Verteidigungsbereichskommanden wurden wieder aktiviert und ihr Stab in einigen Regimentern integriert. Nebenbei wurde erkannt, dass das „Outsourcing“ erhebliche und ungewollte Abhängigkeiten von zivilen Anbietern erzeugt, die oftmals nicht einmal in schwedischem Besitz sind. Der Fokus verschiebt sich von der Auslandsorientierung wieder zur nationalen, umfassenden Raumverteidigung. All das, und einiges mehr prägte die Diskussion und Entwicklung der letzten Jahre und soll als Rahmen verstanden werden, wenn es um die Frage der „Wiedereinführung“ der Wehrpflicht geht. Streng genommen handelt es sich um die „Reaktivierung“, da die Wehrpflicht 2009 ebenso wie die Übungs- und Stellungspflicht lediglich ausgesetzt und auf Frauen erweitert wurde (hierzu noch später).

Richten wir also den Blick auf die Wehrform Schwedens, die, wie in anderen Staaten auch, nicht isoliert, sondern im Gesamtzusammenhang und in gesellschaftspolitischer Dimension zu sehen ist: Die oben skizzierten Entwicklungen nach dem Zerfall des Warschauer Pakts und der Marginalisierung der russischen militärischen Kapazitäten im Raum, verbunden mit den gesellschaftspolitischen Tendenzen, die Verpflichtungen dem Staat gegenüber verstärkt in Frage stellten, haben die schwedischen politischen Verantwortlichen dazu veranlasst, die allgemeine Wehrpflicht (u. a. auch die Übungspflicht für Reservisten) 2009 auszusetzen.

Das geschah durch die damalige Minderheitsregierung unter Führung der „Moderaten“ mit einer hauchdünnen Mehrheit im Parlament und ohne direkte Einbindung des Wählers. Dies ist sehr „unschwedisch“, ist man doch gerade in wichtigen Fragen immer bemüht, breiten Konsens über Parteigrenzen hinweg und auch mit der Opposition zu erzielen – eine Kultur, die in Schweden lange Tradition hat. Konsens bleibt nicht nur auf politische Entscheidungen beschränkt, sondern wird in allen Bereichen gesellschaftlichen Zusammenlebens praktiziert und ist tief in der Bevölkerung verwurzelt. Die Maßnahme wurde auch postwendend kritisiert und die

Sozialdemokraten machten deutlich, dass diese Frage wieder aufgegriffen werden müsse.

Zunächst schien der Schritt in Richtung Freiwilligenstreitkräfte durchaus erfolgversprechend. Der damalige Verteidigungsminister Sten Tolgfors war stolz, dass auf jeden zu besetzenden Arbeitsplatz sieben bis zehn Freiwilligenmeldungen kamen. Dies brachte ihn im Jänner 2013 (vor der Volksbefragung in Österreich) auch nach Wien, um dort den Befürwortern der Abschaffung der Wehrpflicht gute



Schwedische Soldatin in Afghanistan

Argumente zu liefern. Dabei wurde jedoch nicht angesprochen, dass jeder Schwede, der sich online für einen Arbeitsplatz interessierte, schon als potenzieller Kandidat gezählt wurde. Schon bald stellte sich heraus, dass die personelle Aufstellung der Verbände nicht so reibungslos abließ wie erhofft.

/ Zum besseren Verständnis erscheint hier eine kurze Erläuterung zweckmäßig: Es gibt in Schweden zeitverpflichtete Vertragssoldaten und Teilzeitsoldaten (mit einer „Profimiliz“ zu vergleichen und vertraglich verpflichtet, einige Wochen neben ihrer zivilen, hauptberuflichen Tätigkeit bei den Streitkräften zu arbeiten). Die Streitkräfte standen bald der Herausforderung gegenüber, dass die meisten zeitverpflichteten Vertragssoldaten bereits nach der Hälfte ihrer Verpflichtungszeit die Streitkräfte wieder verließen, was die Kosten verdoppelte (neue Rekrutierung, Ausbildung etc.). Die wahre Herausforderung lag und liegt auch heute noch darin, dass die notwendige Zahl der Teilzeitsoldaten nicht erreichbar war und damit erhebliche Fehlstellen in den Verbänden bestehen.

/ Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Sozialdemokraten und Verteidigungsminister Peter Hultqvist (von jeher ein klarer Befürworter der Wehrpflicht) war nun klar, dass die Aussetzung aufgehoben werden würde, was jedoch, schon alleine aus gesellschaftspolitischen Gründen, nicht die Rückkehr zum alten System bedeuten konnte. Im Kern bleibt jedoch klar: Es geht darum, die personellen Lücken zu füllen. Nachdem sich jedoch die Freiwilligkeit schon deutlich manifestiert hatte, musste ein anderes, passenderes System gefunden werden. Schweden orientierte sich am norwegischen und dänischen Modell. Der Vorschlag zu „einer nachhaltigen Personalentwicklung bei den Streitkräften“ wurde am 28. September 2016 der Öffentlichkeit präsentiert. Er enthält folgende Vorschläge und Eckdaten:

1. Die schwedischen Streitkräfte benötigen jährlich zunächst 4.000 Rekruten, 2020 dann 5.000, 2021 6.000 und 2022–2025 8.000 Rekruten, um die Verbände in ihrer derzeitigen Struktur personell aufzustellen. Im Jahresschnitt wurden bislang lediglich ca. 2.500 Soldaten rekrutiert.
2. Man rechnet mit jährlich 20.000 bis 25.000 geeigneten Interessenten (aus einer Gesamtheit von ca. 100.000 Schwedinnen und Schweden pro Jahr).
3. Zu Beginn 2016 fehlten in den Verbänden ca. 800 Gruppenkommandanten und Mannschaften (Zeitsoldaten) und ca. 6.600 Teilzeitsoldaten derselben Ebene.
4. Die „Einschreibung“ soll ab 01.07.2017 möglich sein, die erste Einberufung zur Grundausbildung mit 01.01.2018.
5. Die schwedische Rekrutierungsbehörde soll Online-Einstiegstests für beide Geschlechter durchführen. Jene, die geeignet erscheinen, sollen zur „Einschreibung“ eingeladen werden. Damit kann ein möglichst hohes Maß an Freiwilligkeit beibehalten werden. Bei militärischer Notwendigkeit können Geeignete gegebenenfalls auch verpflichtet werden.
6. Der finanzielle Mehraufwand soll zunächst im Rahmen des bereits avisierten Budgets für die kommenden Jahre gedeckt werden. In weiterer Folge muss es zu Budgeterhöhungen kommen.
7. Eine Personalreserve von 23.000 Soldaten wird vorgeschlagen.
8. Um Zeitsoldaten länger als bisher behalten zu können (die Verträge würden zwölf Jahre zulassen, im Schnitt verlassen die Soldaten die Streitkräfte jedoch nach vier Jahren), wird ein Anreizsystem in Form von bezahlter Ausbildung (ähnlich der in Österreich bekannten „beruflichen Bildung“) abhängig von der Dauer der Verpflichtungszeit vorgeschlagen.



Ausfassen der Ausrüstung bei einer Truppenübung in ARVIDSJAUR



Truppenübung in ARVIDSJAUR

9. Rekruten sollen auch im Ausland im Rahmen der Solidaritätsklausel eingesetzt werden können, vorausgesetzt, es dient der schwedischen Landesverteidigung.
10. Finanziell sollen Grundwehrdiener anstatt bislang 72 SEK/Tag (7 Euro 40 Cent) dann 146 SEK (ca. 15 Euro) erhalten. Am Ende der Grundausbildung (nach 400 Tagen) erhalten Soldaten eine einmalige Prämie von 12.200 SEK (ca. 1.250 Euro) anstatt der bisher 10.800 SEK (ca. 1.100 Euro).

Vor den Schlussbemerkungen erscheint noch ein kurzer Blick auf Frauen in den schwedischen Streitkräften zweckmäßig, wurde die Wehrpflicht doch 2009 nicht nur ausgesetzt, sondern auch auf Frauen erweitert. Hier sei eingangs vor etwaigen Vergleichen gewarnt, da die Frau im Norden Europas generell und über Jahrzehnte entwickelt eine deutlich andere Stellung in der Gesellschaft und vor allem in der Arbeitswelt einnimmt, als dies in vielen anderen Staaten der Fall ist. Gleichberechtigung und Chancengleichheit werden großgeschrieben und die gesamte Gesellschaft und Arbeitswelt (vom Tagesheim bis zur verpflichteten Elternkarenz für beide Geschlechter) tragen dem Rechnung. Dies ist auch bei den Streitkräften erkennbar, wenngleich diese weit unter dem Beschäftigungsschnitt der schwedischen Arbeitgeber bleiben: 5,5 % der Offiziere und Unteroffiziere, 2,0 % der Reserveoffiziere und 9,7 % der Soldaten sind Frauen. Derzeit dienen insgesamt ca. 13 % Frauen in den schwedischen Streitkräften; 38 % der Zivilbediensteten sind Frauen. Seit Aussetzung der Wehrpflicht stieg die Zahl jener, die die Ausbildung beginnen, auf mittlerweile 20 %. Ziel des Verteidigungsministers ist es, den Frauenanteil

weiter zu erhöhen. Die Altersstruktur liegt etwas unter jener der Männer und es gibt relativ wenige mit einem Dienstgrad über Major.

/ So viel zu den Fakten. Die Wehrpflicht wird in Schweden also wieder, jedoch in abgeänderter Form, aktiviert. Ziel ist es, mittel- bis langfristig die während der Aussetzung angesammelten, eklatanten personellen Lücken zu schließen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Personalsituation bei den Verbänden wohl verbessern wird. Eine „Gesundung“ wird sich aber (wenn überhaupt) erst im nächsten Jahrzehnt einstellen. Klar ist auch, dass der Zeitgeist ein anderer geworden ist und, russische Bedrohung hin oder her, junge Schwedinnen und Schweden nicht unbedingt auf die Aktivierung der Wehrpflicht gewartet haben. Spannend wird auch, wie man dann in einem Land, in dem Gleichberechtigung ganz weit oben steht, schließlich jene auswählen wird, die gegebenenfalls tatsächlich verpflichtet werden müssen. Darüber hinaus ist augenscheinlich, dass ein Raum wie Schweden mit sieben Kampfverbänden unter zwei Brigadestäben (auch bei noch so starken Luftstreitkräften – ca. 100 GRIPEN) wohl nicht längerfristig zu halten sein wird. General Göranson wird mit „Enveckasförsvaret“ noch eine ganze Weile Recht behalten – vielleicht bis zu einem NATO-Beitritt, aber das ist eine andere Geschichte ... ✕

PS: ... und mit Blick auf den Titel wäre anzumerken: Die Aussetzung der Wehrpflicht (verbunden mit einigen weiteren Maßnahmen, wie Strukturreduktionen und Sparbudgets) hinterließ viel Asche, hoffen wir für Schweden, seine Streitkräfte und die Sicherheit im Ostseeraum, dass es eine gelungene Wiedergeburt, dass es ein starker Phönix wird!



#### ZUR PERSON

**Brigadier Mag. August Reiter** seit 2011 österreichischer Verteidigungsattaché, akkreditiert in Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Estland und Lettland. Geboren und eingerückt in Lienz, führte ihn sein militärischer Werdegang über Wiener Neustadt, Absam, Wien, das Militärkommando Tirol in Innsbruck, Mons in Belgien (NATO Stab), Saalfelden und Eisenstadt schließlich nach Stockholm. Brigadier Reiter ist verheiratet und hat zwei Kinder.

# Soldatinnen im Bundesheer

In seinem Bericht über die militärischen Dienstleistungen von Frauen in den Jahren 2015 und 2016 bekennt sich Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil zur Fortsetzung der Frauenförderung beim Bundesheer mit dem Ziel, die Attraktivität des Berufs Soldatin und damit die Anzahl der Frauen beim Österreichischen Bundesheer zu steigern. Den Erfolg der Maßnahmen belegt überdies ein Blick auf die Statistik. So ist die Gesamtzahl der Soldatinnen von 89 im Jahr 1999 kontinuierlich auf 444 Ende 2016 angestiegen. „19 Jahre nach der Öffnung des Bundesheeres für Frauen sind Soldatinnen heute ein gut integrierter und unverzichtbarer Teil des Österreichischen Bundesheeres“, so Doskozil.

## Frauen können sich zu Milizübungen melden

Als entscheidend stuft der Bericht zudem die 2015 geschaffene verfassungsrechtliche Grundlage für die Abgabe einer freiwilligen und unwiderruflichen Meldung von Frauen zu Milizübungen ein. Frauen, die nunmehr aufgrund dieser freiwilligen Meldung zu Milizübungen herangezogen werden, sind seither im selben Ausmaß wie die Männer verpflichtet, diesen Präsenzdienst und einen allfälligen daran anschließenden Aufschubpräsenzdienst zu leisten.

## Frauen als Unteroffiziere, Ärztinnen, Pilotinnen

Der Bericht von Minister Doskozil zeigt vor allem



Frau Hauptmann im Auslandseinsatz

© BUNDESHEER / ANDREAS TRABI

auch, wie breit gefächert die Palette der Verwendung von Frauen im Bundesheer ist. 148 Soldatinnen sind derzeit als Unteroffiziere, 31 als Offiziere des militärmedizinischen Dienstes und 29 als Offiziere des Truppendienstes tätig. Dazu kommen u. a. noch zwei weibliche Offiziere des Intendantendienstes sowie jeweils eine Frau als Offizier im Generalstabsdienst, im höheren militärfachlichen Dienst und im höheren militärtechnischen Dienst sowie drei Militärpilotinnen.

/ Darüber hinaus haben im Berichtszeitraum 42 Soldatinnen insgesamt 1.678 Tage freiwillige Waffenübungen geleistet. Pro Monat befanden sich durchschnittlich 29 Soldatinnen im Auslandseinsatz. Der höchste bislang von einer Soldatin erreichte Offiziersdienstgrad ist Brigadier, der höchste von einer Soldatin erreichte Unteroffiziersdienstgrad ist Offiziersstellvertreter. (Parlamentskorrespondenz/hof) ✕



Anprobieren und Testen der Ausrüstung beim Girls' Day 2017

© BUNDESHEER / PUSCA

# Beschaffungen im österreichischen Bundesheer

BRIGADIER MMAG. NORBERT HUBER



Geschütztes Mehrzweckfahrzeug „Husar“

© BUNDESHEER / REICH

Vorliegender Artikel stellt die Beschaffungssituation im österreichischen Bundesheer in dem sich veränderten militärstrategischen Umfeld dar. Er gibt aus Sicht des Leiters des Amtes für Rüstung und Beschaffung einen Auszug über die zu verfolgenden Ziele und die eingeleiteten Maßnahmen und außerdem Erläuterungen über die Grundzüge des Beschaffungsablaufs.

## Ausgangslage

Die wichtigste Ressource von Streitkräften sind ihr Personal und deren Wille, in Konfliktsituationen zu bestehen. Dazu benötigt dieses Personal auch die erforderliche Ausrüstung, um die geforderten Aufgaben bewältigen zu können. Seitens des Staates darf eine „Verpflichtung“ angenommen werden, seine Soldaten adäquat auszurüsten.

/ Die Aufgabe der Beschaffung besteht darin, diese Ausrüstung zeitge-

recht und verwendungsreif verfügbar zu machen. Die dafür erforderlichen Ausgaben variieren zwischen 10 und 30 % der Ausgaben für Landesverteidigung in Abhängigkeit von den jeweiligen Staaten und ihren besonderen Rüstungsvorhaben. Während Personalausgaben und Betrieb nur mittelbar zu beeinflussen sind, kann der Beginn (neuer) Rüstungsvorhaben leicht reguliert werden. Rüstungsvorhaben laufen daher in allen Staaten Gefahr, bei Budgetproblemen zuerst gekürzt zu werden.

/ Mit dem Ende des Kalten Kriegs wurde in ganz Europa eine „Peace dividend“ eingefordert. Als Folge sanken die Ausgaben für Streitkräfte; davon waren die Rüstungsausgaben besonders stark betroffen. Waffensysteme wurden abverkauft; die Streitkräfte abgebaut und die Vollausrüstung der Verbände reduziert auf eine Teilausrüstung. Dieses System erlaubte weiterhin die Entsendung eines (kleinen) Teils

der Streitkräfte in Auslandsmissionen. Damit konnte ein Teil der sinkenden Aufwendungen für Verteidigung in den Staaten „kompensiert“ werden.

/ Dieser Trend machte auch vor Österreich nicht halt. Die im internationalen Vergleich ohnehin geringen Verteidigungsausgaben sanken; die Wirtschaftskrise von 2008 und 2009 beschleunigte und vertiefte den Rückgang des Budgets auf 0,55 % des Bruttoinlandsprodukts. Das Bundesheer durchlebte mehrere „Sparpakete“, die zu einem Abbau von Kapazitäten führten. Ein Teil der Konsequenzen wurde 2015 sogar medial als „Mobilitätskrise“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

/ Was war geschehen? Die in rascher Abfolge eintreffenden Budgetkürzungen, die vor allem die Rüstungsausgaben betrafen, machten die überfälligen Anstrengungen zur notwendigen Modernisierung der Streitkräfte zunichte. In den Jahren davor wurde versucht, ▶



Das leistungsgesteigerte Sturmgewehr

notwendige Ausgaben im Ausrüstungsbereich in die „Tiefe“, das heißt zugunsten anderer wichtiger Vorhaben zeitlich zu verschieben.

/ Letztlich wurde dieser Vorgang auch von der technologischen Entwicklung beeinflusst, die weg von mechanischen Systemen, wie dem Pinzgauer, hin zu Systemen mit vermehrtem IKT-Anteil führten. Der Eurofighter, der Hubschrauber S70 und das geschützte Mehrzweckfahrzeug Husar sind Waffensysteme, die mit einer Vielzahl an Computern oder Sensoren ausgerüstet sind und die öfter als „reine mechanische“ Systeme eines „Upgrades“ bedürfen. Elektronische Bauteile an den Zieloptiken des StG77 A2 oder die notwendigen Nachtsichtgeräte für Soldaten erfordern eine erhöhte Wartung und nutzen sich insgesamt rascher ab. Das bedeutet das wiederholte Planen und Ausschreiben einer Nachrüstung sowie damit verbundene, vermehrte Investitionsbedürfnisse.

/ Die zu beobachtenden Lageänderungen im Nahen und Mittleren Osten, auf der Krim und in der Ukraine sowie der über das Mittelmeer einsetzende Flüchtlingsstrom führten zu einer neuen Sicherheitsbeurteilung. Der einstimmige Beschluss der im Parlament vertretenen Parteien zur Überprüfung

der bis 2015 geltenden Ausrichtung des Heeres, verbunden mit der Bereitschaft, neben dem Sonderinvestitionspaket zusätzlich mehr als 1 Mrd. Euro in die Sicherheit zu investieren, markieren einen bedeutenden Punkt in der bisherigen Diskussion. Die Involvierung des Parlaments und das Engagement des Bundesministers für Verteidigung und Sport Mag. Hans Peter Doskozil müssen besonders gewürdigt werden.

### Ziele und Maßnahmen

Die Herausforderungen bestehen dennoch weiter, da der Zustand der Ausrüstung weder das Ergebnis eines Einzelereignisses ist, noch in einem kurzen Zeitrahmen vollständig behoben werden kann. Der Blick auf die Ausrüstung darf auch nicht geschehen, ohne die notwendigen „Betriebsmittel“ in einem weiteren Sinn zu umfassen, die erst eine Übungstätigkeit ermöglichen. Daher werden parallel mehrere Ziele verfolgt.

1. Der Betrieb ist wieder auf jenes Maß anzuheben, welches sicherstellt, dass das vorhandene Personaleinsätze mit der erforderlichen Sicherheit bestehen kann. Erst das Anheben des Betriebs ermöglicht das „Wirksamwerden“ des Personals. Darüber hinaus stellt diese Maßnahme einen nicht unwesentlichen

Personalgewinnungsfaktor dar.

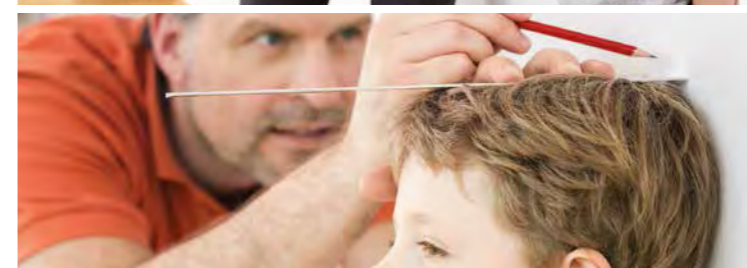
2. Vorhandene, verwendbare Systeme sind auf dem Stand der Technik zu halten. Je nach System sind zusätzlich zur normalen Wartung notwendige „Updates“ der Systeme alle fünf, zehn oder 15 Jahre erforderlich. Die dafür nötigen Aufwendungen können bis zur 30 % des Neupreises betragen, weswegen in jedem Fall eine Systemprognose für den Zeitraum bis zum nächsten Update notwendig ist.
3. Obsolete oder nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll zu betreibende Systeme sind zu ersetzen. Neue Systeme erlauben neue Fähigkeiten, weswegen die Auswirkungen auf Stückzahlen oder andere Systeme zu untersuchen sind.
4. Die geänderten Anforderungen und neue Aufgaben erfordern neue Fähigkeiten, die gedeckt werden müssen. Neue Technologien erlauben eine höhere Qualität, z. B. Erhöhung des Schutzfaktors, oder gestatten, eine Einsatzaufgabe ressourcenschonender durchzuführen.
5. Die Aufgaben- und Bedrohungsanalyse erfordert (wieder) einen durchgehenden Einsatz von Kräften z. B. beim Assistenzeneinsatz oder

im Cyber-Raum mit einer raschen Verfügbarkeit ohne Rückgriff auf zeitaufwendige Dispositionsmaßnahmen. Ein umfassenderer Einsatz

mag auch die zeitgleiche Einbindung der Miliz erfordern. Dies bedeutet die Beschaffung und Bereithaltung von mehr Ausrüstung als zwischenzeitlich geplant.

**Ad 1)** Das Wiedererstarben des Betriebs erfordert nicht nur die vermehrte Bereitstellung von Kraftstoff, Munition, Ersatzteilen etc., sondern führt auch zu einem vermehrten personellen und materiellen Bedarf jener Organisationen, die diesen Betrieb sicherstellen müssen. Auch dort sind regelmäßig nicht unerhebliche Aufwendungen in Testequipment und Werkzeuge zu investieren. Je mehr Autarkie gefordert wird, desto aufwendiger und komplexer muss das System gestaltet werden. Cyber-Angriffe stellen auch in diesem Zusammenhang eine neue, finanziell aufwendige Herausforderung dar, da es gilt, die logistischen Systeme „FIT“ gegen Cyber-Angriffe oder gegen ein „BLACK OUT“ zu machen.

**Ad 2)** Für das Halten am Stand der Technik kann der Mannschaftstransportpanzer PANDUR 1 als Beispiel herangezogen werden. Das gegen Ende des Kalten Kriegs konstruierte Fahrzeug entspricht in mehrerer Hinsicht in der „Ur-Version“ nur mehr bedingt dem Stand der Technik. Der Bordschütze war exponiert, die Sicht- und Zielmittel der Waffe und des Kommandanten waren beschränkt. Die Panzerung spiegelt nicht mehr die heutigen Möglichkeiten zur Abwehr von Bedrohungen wider. Daher wird der PANDUR 1 gerade einem mehrstufigen „Upgrade“-Programm unterzogen. Kernstück ist der Einbau einer neuen, vernetzbaren Waffenanlage sowie die Verbesserung des Schutzes insgesamt. Die IKT-Ausrüstung wird neben dem Sprechfunk auch die Übermittlung von Daten zulassen. Zusätzliche Sensoren erlauben eine bessere „Situational Awareness“. Diese tiefen Eingriffe bedeuten



## Stabiles Wachstum braucht Zeit. Mit Sicherheit.

Ist es nicht ein gutes Gefühl zu wissen, dass man einen Partner hat, mit dem man sich gemeinsam weiterentwickeln kann?

Einen Partner wie die GRAWE: Seit der Gründung durch Erzherzog Johann von Österreich vor über 185 Jahren ist es unser Bestreben, ein Mehr an Schutz und Absicherung für die Menschen in ihrem Lebensalltag zu schaffen – mittlerweile in 14 Ländern Europas.

Grazer Wechselseitige Versicherung AG  
Tel. 0316-8037-6222 · service@grawe.at  
Herrengasse 18-20 · 8010 Graz

[www.grawe.at](http://www.grawe.at)

Die Versicherung auf Ihrer Seite.





© BUNDESHEER / STEFANIK

### ZUR PERSON

**Brigadier M. Mag. Norbert Huber** ist seit Juli 2014 Leiter des Amts für Rüstung und Beschaffung.

jedoch Änderungen im Fahrzeugverhalten, was Auswirkungen auf Verfahren und die Taktik nach sich ziehen wird.

/ Regelmäßige „Mid Life Updates“ erfolgen naturgemäß in allen Luftfahrzeugen, um diese im (langen) Verwendungszeitraum betriebssicher zu halten. Selbst die gesamte Ausrüstung des Soldaten unterliegt einer steten Veränderung: Nachtsichtgeräte, Gruppenfunk, neue Zieloptiken, neuer Helm und immer neue verbesserte Bekleidung sind Teil dieser permanenten Veränderung.

/ Die raschen Technologiesprünge erzwingen einen permanenten und schnelleren Anpassungsprozess, der in den Streitkräften nur schrittweise umgesetzt werden kann. Diese Maßnahmen sind daher für die Soldaten und die Öffentlichkeit vermehrt transparent zu gestalten, um eine notwendige Akzeptanz zu erzielen, dass ein einheitlicher Ausrüstungsstand aller Verbände nur über eine kurze Zeitspanne erreicht werden kann.

**Ad 3)** Trotz der oben beschriebenen Anpassungsmöglichkeiten ist zu einem gegebenen Zeitpunkt eine Entscheidung für das Ausphasen eines Systems zu treffen. Dieses basiert zumeist auf wirtschaftlichen oder taktischen Erwägungen und betrifft Systeme, die noch im Betrieb verwendet werden. Es ist beabsichtigt, die Informationspolitik künftig zu verändern, damit notwen-

dige Maßnahmen für alle Betroffenen besser verständlich werden.

/ Das ÖBH tauscht seit den letzten Jahren fast die ganze Flotte an schweren LKW und handelsüblichen Fahrzeugen aus. Der Ersatz des Standard-LKWs 12M18 wird mit Ende 2017 beginnen; die Neubeschaffung der Fahrzeuge der Puch G und Pinzgauer-Klasse steht in den nächsten Jahren bevor bzw. wurde in einem Teilbereich mit der Einführung eines handelsüblichen Pick-ups begonnen. Auch im Bereich der Luftflotten ist der Austausch der Flotte Alouette 3 und OH 58 durch ein gemeinsames Modell vorgesehen. In Abhängigkeit der Ergebnisse der Sonderkommission zur Luftraumüberwachung wird auch das Modell SAAB 105 zu ersetzen oder auszusondern sein.

**Ad 4)** Die technologische Entwicklung schreitet auf allen Gebieten rasch voran. Neue Schutztechnologien erlauben eine erweiterte Sicherheit der Soldaten. Angebrachter Minenschutz ermöglicht das Überleben der Besatzung auch in leichten Fahrzeugen beim Auslösen von Minen und Sprengkörpern. Neue und verbesserte Sensoren gewährleisten in Verbindung mit Netzwerken zur Führungsunterstützung das Erkennen und Vermeiden von Gefahren. Die Wirkung kann gezielter zum Einsatz gebracht werden, wenn Positionen exakter ermittelt werden können. Kollateralschäden können dadurch vermieden werden.

/ Der Einsatz unbemannter Systeme ist auf dem Vormarsch. Das ÖBH betreibt „state of the art“ teleoperierende Systeme im Bereich der Minen- und EOD-Abwehr sowie der Logistik (Palfinger-Klappstapler). Die Möglichkeiten von UAV im Micro- und Mini-Bereich werden gerade ausgelotet. Weitere Anwendungen, z. B. (teil-)autonomes Fahren, sind als Forschungsprogramm gestaltet.

**Ad 5)** Ein Paradigmenwechsel zeichnet sich im Grad der Bereitstellung und Bevorratung der Ausrüstung ab. Der Reduktion der Bedrohung, den sinken-

den Einberufungsstärken und der geringen Übungstätigkeit folgend, wurde der Ausrüstungsgrad der Verbände mit wenigen Ausnahmen abgesenkt und der Bedarf über vielfältige „Leihen“ gedeckt. Vor allem im Bereich der Spezialverbände und der Miliz gilt es eine Trendumkehr herbeizuführen.

/ Dabei sind jedoch die finanziellen und organisatorischen Aufwendungen zu beachten: Waren für 20.000 neue Kampfhelme ca. 20 Mio. Euro aufzuwenden, so sind dies bei 55.000 Soldaten insgesamt 55 Mio. Euro. Die persönliche Ausrüstung der Infanteristen wird in nächster Zeit durch ein modifiziertes oder neues Sturmgewehr (StG) mit Zieloptiken, ein Nachtsicht- sowie ein (Gruppen-)Funkgerät und eine neue Bekleidung verbessert, sodass bei einer „Gesamtausrüstung der Streitkräfte“ eine dreistellige Millionen-Summe an Aufwendungen leicht erreicht wird. Zweckmäßig ist daher, in Stufen vorzugehen, dies minimiert nicht nur die jährlichen Aufwendungen, sondern vermeidet auch, dass die gesamte Ausrüstung wieder zu einem Zeitpunkt obsolet wird. Zuletzt sei auch erinnert, dass zusätzliches bereitzuhaltendes Gerät auch einer vergrößerten Lagerhaltung und einer Materialvorsorge bedarf.

### Beschaffungsablauf

Der Beschaffungsablauf im ÖBH richtet sich an den gesetzlichen Grundlagen aus. Zivile Güter werden im Regelfall über die Bundesbeschaffung GesmbH bezogen; militärische Güter werden selbst ausgeschrieben oder in der Kooperation mit anderen Staaten beschafft.

/ Die zu einer Beschaffung führenden Vorgänge sind geregelt; zur Vermeidung eines Übergewichts einer Stelle während der Beschaffung wurde ein mehrphasiger Prozess entwickelt. Insgesamt gibt es ca. 700 Seiten an internen Anweisungen, die aufgrund der Vorschläge des Präsidenten der Finanzprokuratur nunmehr überarbeitet werden. Neben dem Verzicht auf



© BUNDESHEER / PLUSCH

Die neue Waffenstation des „Pandur“

Gegengeschäfte, die auch bisher nicht durch das BMLVS bewertet oder verwaltet wurden, wird der Ablaufprozess zu optimieren sein.

/ Die Beschaffung militärischer Güter, wie Gefechtsfahrzeuge, Sensoren und IKT-Netze, sind am ehesten mit der Beschaffung komplexer Industrieanlagen zu vergleichen. Die Auswirkungen einer derartigen Beschaffung muss umfassend erhoben und beurteilt werden. Da Rüstungsgüter nicht auf Vorrat produziert werden, betragen die Lieferzeiten bei „einfachen LKW“ sechs bis neun Monate, bei geschützten Fahrzeugen oder Luftfahrzeugen bis zu zwei Jahre für das erste Fahrzeug. Das Einbringen von zusätzlichen Nutzerforderungen kann diesen Zeitraum noch deutlich erhöhen, da Prototypen erstellt und getestet werden müssen.

### Ausblick

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass im Bundesheer dank der zusätzlichen finanziellen Mittel und der Unterstützung durch das Parlament und den Bundesminister für Landesverteidigung Mag. Hans Peter Doskozil eine Trendumkehr auch bei den Beschaffungen eingeleitet werden konnte. Neu zulaufendes Gerät entspricht immer dem Stand der Technik – hier

braucht Österreich keinen Vergleich zu scheuen. Die vorhandene Ausrüstung bedarf eines regelmäßigen „Upgrades“, um technologisch auf dem Stand zu bleiben. Der Austausch ganzer Flotten bedeutet nicht nur signifikante finanzielle Aufwendungen, sondern ist auch

zeitlich vorzugsweise in Tranchen zu realisieren.

/ Die Ablauforganisation im Bereich der Beschaffung wird angepasst. Wesentlich ist, dass frühzeitig die Akzeptanz des Nutzers herbeigeführt werden kann. ❌

### KOMMENTAR

Die Darstellungen unseres Gastautors zeigen sehr eindrücklich die Zusammenhänge bei Beschaffungen in Streitkräften auf. Lässt man die im Artikel waltende vornehme Zurückhaltung fallen und spricht Klartext, heißt das wohl: Ohne Geld keine Einsatzbereitschaft! Ohne Geld keine Sicherheit und keine Souveränität! Ohne Geld kein Betrieb, ohne Betrieb keine größeren Übungen, ohne größere Übungen keine Attraktivität für Personalwerbung und auch keine Fähigkeit, einen Einsatz mit der erforderlichen Sicherheit zu bestehen! Zur erforderlichen Sicherheit sind moderne Systeme in ausreichender Anzahl zu beschaffen, sind vorhandene Systeme auf dem Stand der Technik zu halten und obsoletere Systeme zu ersetzen. Moderne Systeme bedürfen regelmäßiger „Updates“, wie wohl jeder Handy- und PC-Nutzer weiß, und das kostet eben mehr als der Betrieb in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts. Das Budget hätte also steigen und nicht sinken müssen. Bei sinkendem Budget und steigenden Aufgaben den zugleich wachsenden Anteil der Personalkosten am Budget zu kritisieren, muss als blanker Hohn empfunden werden.

/ Geänderte Bedrohungen und neue Aufgaben erfordern eine raschere Verfügbarkeit von gut ausgerüsteten Kräften, ohne zeitaufwendige Dispositionsmaßnahmen, und das bedeutet die Beschaffung und Bereithaltung von mehr Ausrüstung als bisher geplant. Wir waren auf einem guten Weg – und jetzt: Neuwahlen. In Aussicht gestellte Finanzierungen sind damit obsolet. Die durch bisherige Regierungen aufgerissenen Lücken sind überhaupt nicht ausgeglichen. Wird eine kommende Regierung verstehen, dass man Streitkräfte nicht ohne dramatische Konsequenzen budgetär reduzieren kann? Wird eine kommende Regierung verstehen, dass es im Endeffekt eben teurer wird, wenn bestimmte Zusammenhänge in der Streitkräfteplanung und in der Beschaffung ignoriert werden? Was wir bekommen, ist gut – aber ist es genug? Brauchen wir vielleicht doch mehr? Brauchen wir nicht auch noch andere, bisher nicht vorhandene Ausrüstung? Es handelt sich eben nicht um toys for the boys – es geht um die Sicherheit des Soldaten, des Menschen und des Staates. (hb)



Mit hoher Geschwindigkeit nähert sich das „Boarding-Team“ einem Schiff.

Durchsuchung an Bord

### AUFGABEN DER ZUM AUSLANDSEINSATZ IN DAS SÜDLICHE ZENTRALE MITTELMEER ENTSENDEN PERSONEN

- Verhinderung der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels in, durch und aus dem Hoheitsgebiet Libyens und vor seiner Küste, die den Stabilisierungsprozess in Libyen weiter untergraben und tausende Menschenleben gefährden
- Unterstützung Libyens zum Aufbau von Kapazitäten, die es benötigt, um insbesondere seine Grenzen zu sichern und Handlungen zum Zweck der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels durch sein Hoheitsgebiet und in seinen Hoheitsgewässern zu verhüten, zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, mit dem Ziel, eine weitere Zunahme der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels in, durch und aus dem Hoheitsgebiet Libyens und vor seiner Küste sowie die damit verbundene Gefährdung von Menschenleben zu verhindern
- Kapazitätsaufbau und die Schulung der libyschen Küstenwache sowie der libyschen Marine
- Beitrag zum Informationsaustausch und zur Umsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen auf Hoher See vor der Küste Libyens

(zitiert nach: Zweite Verordnung der Bundesregierung über die Befugnisse der zum Auslandseinsatz in das südliche zentrale Mittelmeer entsendeten Personen, 2. EUNAVFOR MED Operation SOPHIA – Verordnung – BGBl. II Nr. 273/2016)

### EU NAVFOR MED OPERATION „SOPHIA“

Die Operation soll dazu beitragen, Menschenhandel und Menschen schmuggel im südlichen und zentralen Mittelmeer zu unterbinden. Sie wird in mehreren Phasen durchgeführt. Ging es zunächst um das Sammeln von Informationen durch Patrouillen auf hoher See, wird in einer zweiten Phase im Einklang mit den internationalen Bestimmungen mit den konkreten Operationen begonnen. Das heißt, bei Verdacht auf Menschen schmuggel und Menschenhandel wird es möglich sein, Schiffe anzuhalten und zu durchsuchen, sie zu beschlagnahmen und umzuleiten. In einer dritten Phase soll die Mission die Schiffe auch zerstören oder unbrauchbar machen können – selbstverständlich auch im Einklang mit UNO-Resolutionen und mit Zustimmung des Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Operation stattfinden soll. Die Operation befindet sich derzeit in Phase zwei. (Parlamentskorrespondenz Nr. 999 vom 28.09.2016)

### MAIN (A 515)

Der Tender Main war 2002 Teil des ersten deutschen Einsatzkontingents bei der Operation Enduring Freedom. Er diente hierbei als Marine logistikbasis im Einsatzgebiet (MLBE) und somit als nationaler Abstützungspunkt. Von Oktober 2016 bis April 2017 wurde der Tender Main in der Operation EUNAVFOR MED eingesetzt. Er wurde dort vom Tender Rhein abgelöst. In den 178 Tagen Abwesenheit wurden insgesamt 29.000 Seemeilen zurückgelegt. Der Tender „Main“ gehört zur Klasse 404, auch Elbe-Klasse genannt, und ist ein Versorgungsschiff der deutschen Marine.



# Jagdkommando im Mittelmeer-Einsatz

Mit der Mission „Sophia“ geht die Europäische Union gegen das organisierte Handeln und Schmuggeln von Menschen im südlichen und zentralen Mittelmeer vor. Die Einsatzkräfte sammeln mit Hilfe von Luft- und Satellitenbildern Informationen über Schlepperbanden und patrouillieren vor der Küste Libyens, um Migrationsnetzwerke zu beobachten und aufzudecken.

Österreich ist einer von insgesamt 20 EU-Mitgliedstaaten, die Soldaten zur Umsetzung dieser wichtigen Aufgabe bereitstellen. Das Bundesheer stellte ein „Boarding-Team“, welches sich aus 15 Personen zusammensetzte. Schon bisher sind sechs Angehörige des Bundesheeres im Hauptquartier in Rom sowie zwei am italienischen Flugzeugträger „Garibaldi“ in die Mission eingebunden. Die Operation „Sophia“ läuft seit Oktober 2015; das Mandat ist bis Dezember 2017 gültig. Insgesamt nehmen 1.900 Soldatinnen und Soldaten mit fünf Schiffen, drei Hubschraubern sowie drei Aufklärungsflugzeugen daran teil.

/ Bis zum März 2017 wurden bereits 103 Schmuggler festgenommen und 396 Boote zerstört. Zudem half die EU-Mission anderen Akteuren – wie der italienischen Küstenwache – bei der Zerstörung von weiteren 211 Schlepperbooten. Darüber hinaus sollen mindestens 700 Mitarbeiter der libyschen Küstenwache durch die EU ausgebildet werden.

/ Ein Team des Jagdkommandos war im März dieses Jahres auf dem deutschen Marineschiff „Main“ stationiert,

das als Teil der Mission „Sophia“ unterwegs war. Weitere Teams können jederzeit entsandt werden. Bei derartigen Einsätzen müssen die Soldaten mit Waffenschmugglern und mit Menschenhändlern rechnen – daher sind sie auf Widerstand und feindselige Handlungen vorbereitet, wenn sie an Bord eines Schiffes gehen.

/ Der Aufbau lokaler Fähigkeiten durch Trainingsmaßnahmen ist als nächster wichtiger Schritt zur nachhaltigen

Bewältigung der Migrationskrise zu werten, sei aber laut Minister Doskozil noch bei weitem nicht ausreichend: „Libyen muss zukünftig auch beim Grenzschutz am Festland unterstützt werden. Andernfalls wird das Land auch weiterhin als Dreh- und Angelpunkt der Migrationsströme nach Europa missbraucht werden. Ich sehe hier Handlungsbedarf seitens der EU.“

/ Im Mai 2017 übten Soldaten des Jagdkommandos daher am NATO „Maritime Interdiction Training Centre“ auf Kreta das Unter-Kontrolle-Bringen und Durchsuchen von verdächtigen Schiffen.

/ Das „Maritime Interdiction Training Centre“ der NATO ist eine multinationale Ausbildungseinrichtung und bietet die Möglichkeit, für verschiedenste maritime Einsätze zu trainieren. Vor allem aufgrund der Piraterie entlang von internationalen Seewegen, aber auch durch den Waffenschmuggel auf hoher See ist der Einsatz von Soldaten gegen diese Bedrohungen von großer Bedeutung. ❌



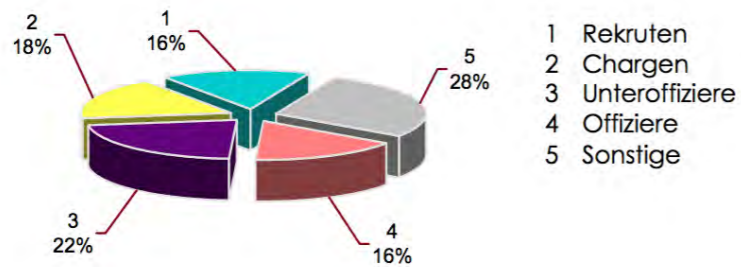
EU-Mission „Sophia“: 15 Soldaten des Jagdkommandos bilden ein „Boarding-Team“.

# Parlamentarische Bundesheerkommission – Jahresbericht



© BUNDESHEER / HARTL

## Wer hat sich beschwert?



© JAHRESBERICHT 2016 – PARLAMENTARISCHE BUNDESHEERKOMMISSION (5)

Die Zahl der Grundwehrdiener ist rückläufig. Es verbleiben immer weniger Rekruten in den Kompanien bei den Brigaden, sodass für Kaderfunktionen in der Truppe immer weniger Grundwehrdiener von den Vorgesetzten persönlich anwerbbar sind. Der monatliche Sold der Grundwehrdiener mit knapp über 300 Euro wird als deutlich zu niedrig beurteilt. (Jahresbericht 2016 – Parlamentarische Bundesheerkommission; Seite 14)

Die Parlamentarische Bundesheerkommission hat im März ihren Bericht zum Jahr 2016 präsentiert. Die Kommission nimmt Beschwerden von Soldaten entgegen und prüft diese. Das Präsidium, bestehend aus den Nationalratsabgeordneten Otto Pendl, Michael Hammer und Reinhard Bösch, ging heute auf die Ergebnisse aus dem vergangenen Jahr ein.

### Weniger Beschwerden

Insgesamt gingen die Beschwerden im Bundesheer deutlich zurück: Die Anzahl sank von 398 Fällen im Jahr 2015 auf 144 Beschwerdeverfahren im Vorjahr, wie aus dem Jahresbericht der Kommission hervorgeht. Das Beschwerdeaufkommen war 2016 damit das niedrigste der vergangenen fünf Jahre.

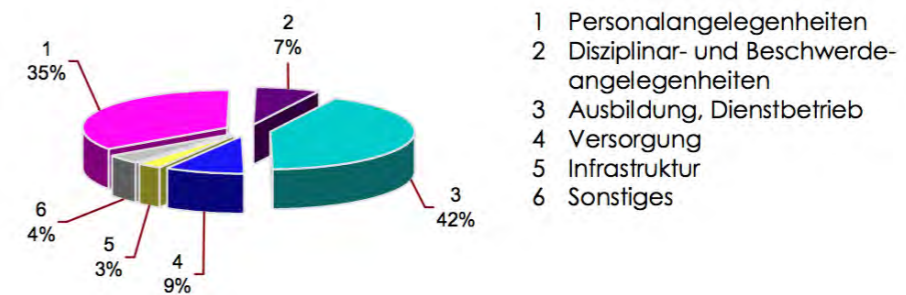
### Positive Stimmung

Dass sich die Beschwerden derart deutlich verringert haben, führen die Präsidiumsmitglieder unter anderem darauf zurück, dass im Bundesheer wieder „Zukunfts-Mut“ eingekehrt und eine positive Einstellung zur Arbeit als Soldat wahrnehmbar sei. „Bei Prüfbesuchen bemerkten wir eine positive Stimmung bei der Truppe“, betonte Sicherheitssprecher Otto Pendl.

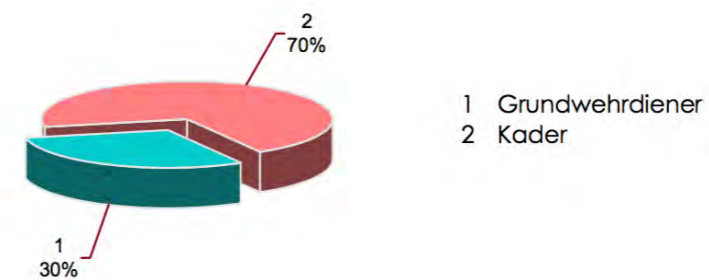
### Attraktivierung des Grundwehrdienstes

Der amtsführende Vorsitzende Michael Hammer dazu: „Die Parlamentarische Bundesheerkommission hat festgestellt, dass die Motivation im Heer steigt und daher auch das Beschwerdeaufkommen rückläufig ist. Vor allem der Schwerpunkt der Attraktivierung des Grundwehrdienstes zeigt eine spürbare Ver-

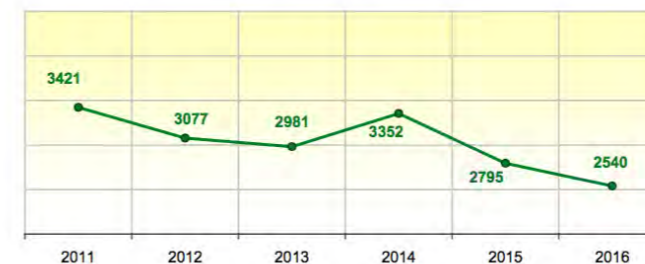
## Gründe für Beschwerden



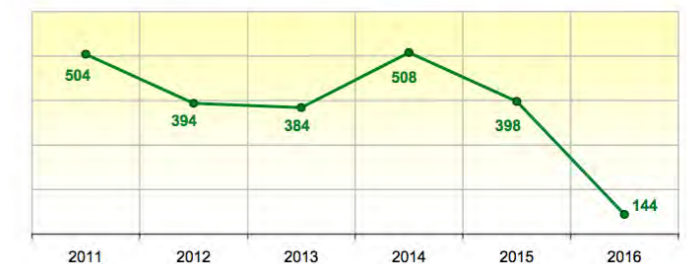
## Beschwerdeaufkommen Grundwehrdiener und Kader



## Anfragen und Rechtsauskünfte 2011 – 2016



## Beschwerdeaufkommen 2011 – 2016



besserung.“

Der Nationalratsabgeordnete Reinhard Bösch ergänzte: „Die Strukturverbesserung muss zügig vorangetrieben werden, damit das Bundesheer seiner Rolle als strategische Reserve der Republik gerecht wird.“

### Beratung und Rechtsauskünfte

2.540 Personen haben die Bundesheerkommission im Vorjahr in Anspruch genommen, den meisten ging es um Beratung und Rechtsauskünfte. 30 Prozent der Anliegen stammten von Grundwehrdienern, 70 Prozent vom Berufspersonal. (BMLVS)

## GESCHÄFTSORDNUNG / PARLAMENTARISCHE BUNDESHEERKOMMISSION

### Aufgaben der Parlamentarischen Bundesheerkommission

§2. (1) Die Parlamentarische Bundesheerkommission hat unmittelbar oder mittelbar eingebrachte Beschwerden

- von Personen, die sich freiwillig einer Stellung unterziehen oder sich freiwillig zum Ausbildungsdienst gemeldet haben,
- von Stellungspflichtigen,
- von Soldatinnen und Soldaten,
- von Wehrpflichtigen des Milizstandes und Wehrpflichtigen des Reservestandes, die den Präsenzdienst geleistet haben, und von Personen, die Ausbildungsdienst geleistet haben,
- von Soldatenvertretern namens der von ihnen zu vertretenden Soldaten (sofern die Beschwerde nur für einen einzelnen Soldaten eingebracht wird, bedarf es der Zustimmung des Betroffenen)

zu prüfen und über ihre Erledigung Empfehlungen zu beschließen.

# „Edelweiss Raid“ 2017 – der härteste militärische Gebirgswettkampf der Welt

Vom 13. bis 17. März 2017 fand in den Tuxer Alpen, überwiegend am Truppenübungsplatz Lizum/Walchen, zum achten Mal der internationale Gebirgsjägerwettkampf „Edelweiss Raid“ statt. Dieser militärische Wettbewerb ist einzigartig auf der Welt und verlangt von den Teams mit je acht Soldaten sowohl militärisches Können als auch alpines Know-how. Nach langer Dominanz der Teams aus Österreich bzw. Deutschland ging der Sieg heuer erstmals an die Schweiz. Souveräne Sieger waren die Soldaten der Gebirgsinfanteriebrigade 12. Den zweiten Platz eroberten die Soldaten der Gebirgsjägerbrigade 23 aus Deutschland. Die Bronzemedaille ging an das Team des Hochgebirgs-Jägerbataillons 24 aus Lienz in Osttirol. Neben einer fordernden Wegstrecke von mehr als 40 Kilometern und der Bewältigung von mehr als 4.000 Höhenmetern im Aufstieg, waren mehrere anspruchsvolle militärische Stationen zu meistern. Die Anforderungen dieser Gebirgsübung führen die Teilnehmer bis an ihre physischen Leistungsgrenzen, nicht zu Unrecht

spricht man vom härtesten militärischen Gebirgswettkampf der Welt.

## Internationale Beteiligung

Neben fünf Mannschaften aus Österreich stellten sich bei der achten Auflage der inoffiziellen Weltmeisterschaft der Gebirgssoldaten wieder viele internationale Teams der Herausforderung. Soldaten aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland und der Schweiz folgten dem Ruf der „Edelweiss Raid“, um wieder die besten Gebirgssoldaten zu küren. „Gedelt“ durch das breite, internationale Starterfeld, erfreute sich die achte Auflage des Wettkampfes so großer Beliebtheit wie noch nie zuvor. Dieses hochkarätige Starterfeld garantierte Spannung bis zur Ankunft des letzten Teams.

## Organisation

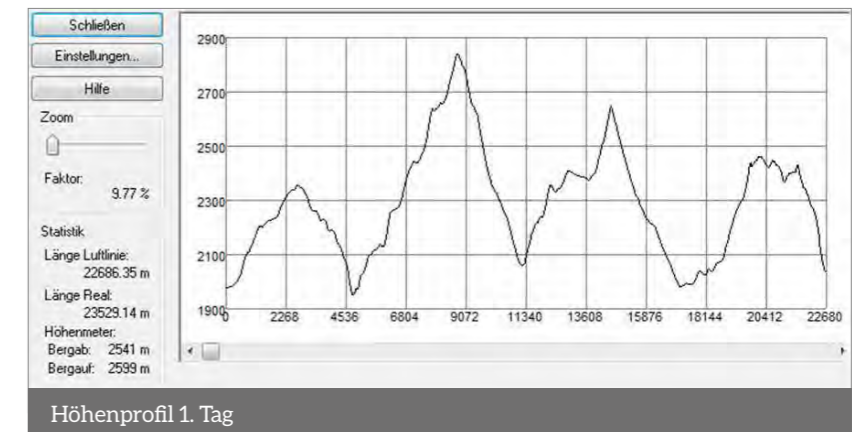
Für den Wettkampf waren Strecke und Stationen vorzubereiten, abzusichern, zu markieren, zu betreiben und wieder abzubauen. Die Wettkämpfer

waren aufzunehmen, zu betreuen, unterzubringen und zu verpflegen. Weiters waren umfangreiche Arbeiten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Insgesamt waren 380 Gebirgssoldaten und vier Hubschrauber eingesetzt. Geleitet wurde das Unternehmen durch das Kommando Gebirgskampf aus einem Gefechtsstand im Lager Lizum, unterstützt wurde diese anspruchsvolle Gebirgsübung durch die KPE-Soldaten des Jägerbataillons 6 / Militärkommando Tirol sowie das Kommando des Truppenübungsplatzes Lizum/Walchen.

## Umfangreiches Sicherheitsmanagement

Der hochalpine Charakter dieses Wettkampfes erfordert ein umfassendes Sicherheitsmanagement mit klaren Maßnahmen zur Reduktion des Risikos für alle Beteiligten. Qualifizierte Gebirgssoldaten beurteilten während der Vorbereitung und während des Wettkampfes laufend die Wetter- und Lawinensituation. Potentielle Lawinhänge entlang der Wettkampfstrecke wurden durch die Heeres-

bergführer des Kommandos Gebirgskampf abgesprengt. Um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, stellte das Bundesheer auch gebirgsbewegliches Sanitätspersonal und ein Notarztteam samt eigenem Notarzhubschrauber zur Verfügung. Zusätzliche Sicherheitsfaktoren stellten der hohe Ausbildungsstand und die alpine Qualifikation ▶



Projektoffizier und Organisator der „Edelweiss Raid“: Oberst Norbert Neuner, geb. 1955; ausgemustert 1982 (Jahrgang Laudon); S4 im Kommando Gebirgskampf; Heeresbergführergehilfe; verantwortlich seit 2004



© BUNDESHEER / HÖRL

Bereit für die Herausforderungen von morgen –  
mit Ihrem unabhängigen Technologiepartner.



Together  
ahead. **RUAG**



Hoch in den Tuxer Alpen



Im Felsen, Ski versorgt



Wettkampfteilnehmer aus Rumänien beim Anschießen der Waffen

des auf der Strecke eingesetzten Personals sowie die hohe physische und psychische Leistungsfähigkeit der Wettkämpfer dar. Das digitale BOS-Funksystem garantierte eine ständige Verbindung zu den Trupps sowie die Möglichkeit, diese in Echtzeit auf einer digitalen Lagekarte zu verfolgen. Dieses Livetracking wurde auch ins Lager Lizum übertragen, um den Kameraden im Lager jederzeit Auskunft über den Standort ihrer Mannschaften zu geben und den Edelweiss Raid mitzuerleben.

### Marschstrecke und Stationen

Die Streckenführung, die aufgrund der zunächst nur spärlich vorhandenen Schneedecke mehrfach

geändert wurde, stellte vor allem für das Organisationsteam im Vorfeld eine erste Herausforderung dar. Die Strecke führte die Soldaten vom Lager Lizum, wo kurz nach dem Start die erste Station „Lawinenschüttelung“ wartete, über das Klammjoch zur Klamm-Alm und weiter auf den Geier. Hier musste die Station „Bergen eines Verletzten“ bewältigt werden. Im Anschluss wurden die Felle ein erstes Mal für eine lange Abfahrt abgenommen. Es folgte eine Fahrt bei strahlendem Sonnenschein in den Talboden Lizum. Dort angekommen, galt es, die Station „Aufklären“, eine typische militärische Tätigkeit, in kürzester Zeit zu bewältigen. Vom Talboden aus mussten die Gebirgsspezialisten auf die Torspitze aufsteigen, um nach einer Abfahrt durch das Hochlager Lizum auf der anderen Seite des Talkessels erneut auf den Mölsberg aufzusteigen. Von dort wurde auf den Mölser Hochleger abgefahren, um ein Nachtlager im Biwak zu beziehen. Eine besondere Herausforderung am ersten Tag war die Berechnung der geplanten Marschzeit. Je weiter die tatsächlich benötigte Zeit von der angenommenen Zeit abwich, desto höher war die Zahl an Strafpunkten, die eine Gruppe erhielt. Im Biwak angekommen, konnten die Marschgruppen sich regenerieren. Nach einer ruhigen Nacht im Biwak wurde der zweite Tag noch im Licht des Mondes in Angriff genommen. Der zweite Wettkampftag führte die Teilnehmer zurück auf das Klammjoch, von wo am Seil gesichert abgefahren wurde. Eine weitere Schwierigkeit auf dem Weg Richtung Schotteben musste gemeistert werden, wo die gesamte Mannschaft über einen Felsen abzuseilen war. Es folgten zwei weitere militärische Stationen, das Handgranatenwerfen und das Schießen in alpinem Gelände,

bevor es für die Teams wieder hieß: Felle anlegen und Aufstieg auf die Torspitze sowie Überschreitung der Eiskarspitze bis zur Hippoldspitze. Während der anschließenden Abfahrt wurden noch die Stationen „Orientieren“ sowie „Verwundetentransport“ mit dem Rettungsgerät UT2000 gemeistert. Am Kraftwerk Melang mussten die verbliebenen Kraftreserven noch einmal mobilisiert werden. Ein letztes Mal musste aufgestiegen werden, um nach zwei entbehrungsreichen Wettkampftagen das Ziel im Lager Lizum zu erreichen.

### Siegerehrung im Lager Lizum

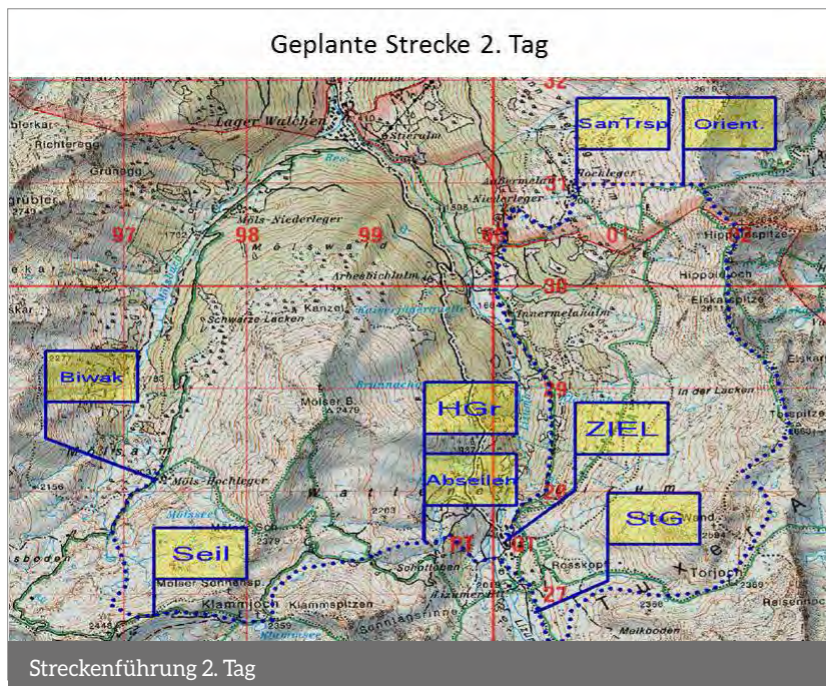
Den Schlusspunkt des Wettkampfes bildete die feierliche Siegerehrung. Diese fand am Donnerstag, den 16. März 2017, im Lager Lizum auf über 2.000 Metern Seehöhe statt. Umrahmt wurde der Festakt von der Militärmusik Tirol, die auch beim anschließenden Kameradschaftsabend für tolle Stimmung sorgte. Nach zwei kraftraubenden Tagen wurden die drei besten Mannschaften mit Trophäen aus den Händen von Brigadier Mag. Peter Grünwald, dem Kommandanten des Kommandos Gebirgskampf, und Brigadier Mag. Robert Prader, dem stellvertretenden Kommandanten der Landstreitkräfte, ausgezeichnet. Die Sieger, Soldaten der Gebirgsinfanteriebrigade 12 aus der Schweiz, hatten eine Gesamtlaufzeit von 12:39:06 Stunden. Den zweiten Platz eroberten die Soldaten der Gebirgsjägerbrigade 23 aus Deutschland mit einer Zeit von 13:47:21 Stunden. Den dritten Rang belegten die Gebirgssoldaten vom Hochgebirgsjägerbataillon 24. Sie benötigten zur Bewältigung der Strecke und Aufgaben 16:43:11 Stunden. Aber jeder Teilnehmer, der das Ziel überhaupt erreichte, kann sich „Sieger“ nennen. Als Andenken an den

Wettkampf und die erzielte Leistung erhielt daher jeder Finisher sein persönliches Abzeichen der „Edelweiss Raid“. Dies auch als Ansporn, in zwei Jahren wiederzukommen und sich nach der dritten erfolgreichen Teilnahme das goldene Edelweiß zu verdienen.

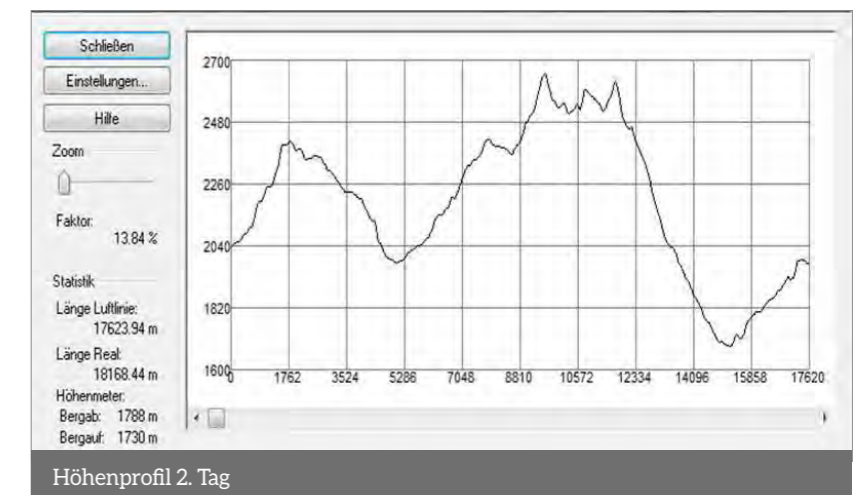
(StWm Christof MAIRINGER, MBA; UO Komm/ Kommando Gebirgskampf) ❌

### EDELWEISS RAID

- Erste EWR: 2004
- Seit 2005 im Zwei-Jahres-Rhythmus
- Wettkampfstrecke: immer in den Tuxer Alpen
- Anforderungen: Wegstrecke 40 km, Höhenmeter im Aufstieg: 4.000 hm in 2 Tagen
- Zusätzlich ist eine Mischung aus alpinen und militärischen Stationen zu bewältigen
- Militärische Übung für Gebirgssoldaten, als internationaler Wettkampf organisiert



Streckenführung 2. Tag



Höhenprofil 2. Tag

# Erster Truppenbesuch des Bundespräsidenten

**B**undespräsident und Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheeres Dr. Alexander Van der Bellen absolvierte gemeinsam mit Verteidigungsminister Mag. Hans Peter Doskozil am 3. April 2017 seinen ersten Truppenbesuch beim Bundesheer in der Raab-Kaserne in Mautern. Bei dem Besuch ging es vor allem um die von der Regierung angeordnete Spezialisierung und Aufstockung des Heeres auf neue Bedrohungsszenarien. Dabei zeigten die Soldaten des Kommandos Schnelle Einsätze ihre Leistungsfähigkeit.

## Vorführungen und Gespräche

Die Soldaten präsentierten an insgesamt acht Stationen anhand von statischen und dynamischen Vorführungen das Zusammenwirken von Militärpolizei, ABC-Abwehr, Aufklärern, Pionieren, Logistikern und Infanteriesoldaten. Dabei ließen es sich Bundespräsident Van der Bellen und Verteidigungsminister Doskozil nicht nehmen, persönliche Gespräche mit den Soldaten zu suchen.

## Vielfalt und Zusammenarbeit

Van der Bellen zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt und der Zusammenarbeit der verschiedenen Spezialisten des neuen Kommandos. Minister Doskozil betonte, dass auch für die Zu-

kunft die Anschaffung von modernen Geräten geplant sei und die Zahlen in der Personalrekrutierung steigend seien.

## Kommando Schnelle Einsätze

Mit 1. Jänner 2017 ist das Kommando Schnelle Einsätze geschaffen worden. Dazu zählen das Stabsbataillon 3, das Pionierbataillon 3, die Jägerbataillone 19 und 33, das Kommando ABC-Abwehr, das Aufklärungsbataillon 3 sowie das Kommando Militärstreife und Militärpolizei. In diesem Verbund sind sehr viele Fähigkeiten vereinigt und für Einsätze in verbauten Gebieten optimiert. Die Hauptaufgabe des Kommandos Schnelle Einsätze liegt in der Abwehr und der Bewältigung von terroristischen Bedrohungen im Inland. Das Kommando ist aus der 3. Panzergrenadierbrigade hervorgegangen und ist schnell verfügbar für Einsätze im In- und Ausland. Die „Speerspitze“ der Landesverteidigung soll in den kommenden Jahren auf das Dreifache anwachsen. Ein Kurs, den Van der Bellen begrüßte, wie er am Montag sagte: „Aufgerüstet ist, glaube ich, der falsche Ausdruck angesichts der ungeheuren budgetären Schwierigkeiten, die es in den vergangenen zwanzig Jahren gegeben hat. Also kurz: Ja, ich unterstütze das.“ (ÖOG-Red./BMLVS/ORF) ✕



Bundespräsident Van der Bellen und Minister Doskozil im Gespräch mit Soldaten. Der Kommandant des KSE, Brigadier Christian Habersatter (re.)





UNSER HEER




## WASSER UND STROM: DAS SCHÜTZEN WIR.

**Die Miliz. Bringt mehr Heer:** Unsere Milizsoldatinnen und Milizsoldaten leisten unverzichtbare Beiträge für die Sicherheit unseres Landes. Zum Beispiel beim Schutz der Wasser- und Energieversorgung vor terroristischen Angriffen.

Auf unsere Miliz ist Verlass.  
**MIT SICHERHEIT.**

bundesheer.at  

Miliz  **Stolz, dabei zu sein!**



**Das sicherheitspolitische  
Gewissen der Republik  
Österreich**